

SGA-BULLETTIN

2/93

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

Juni 1993



«Thermoselect» im Kanton Zug?

Der Zwischenbericht über alternative Verfahren (siehe Hinweis) bestätigt, was viele KritikerInnen der KVA Fänn schon gesagt haben: Die alternativen Verfahren schneiden bezüglich den Umweltaspekten wesentlich besser ab als das Rostofenverfahren. Der einzige Vorteil des Rostofenverfahrens besteht darin, dass dieses im Gegensatz zu den alternativen Verfahren eine grosse Betriebserfahrung aufweist. Alle anderen Aspekte sprechen gegen das Rostofenverfahren.

Für die Abstimmung vom 26. September kommt uns der Umstand zugute, dass besonders im Kanton Zürich Überkapazitäten in den bestehenden Kehrrechtverbrennungsanlagen bestehen. Selbst wenn die detaillierte Verfahrensprüfung und die Realisierung eines alternativen Verfahrens gegenüber dem Bau eines Rostofens zu einer Verzögerung von wenigen Jahren führt, lässt sich das aufgrund dieser neueren Enthüllungen vertreten. Unter Zeitdruck ein vom technologischen Konzept her überholtes Verfahren zu realisieren, bringt schlussendlich niemandem etwas.

Die fünf Verfahren, die von der Firma Basler & Hofmann geprüft wurden, können nicht in allen Punkten miteinander verglichen werden. Während das Rostofen-, das Thermoselect- und das Schwel-Brenn-Verfahren thermische Verfahren sind, die den angelieferten Abfall «vernichten», handelt es sich beim RVA-Verfahren um eine mechanische Sortierung, die der thermischen Behandlung vorgeschaltet wird. Die Art der Verbrennung ist in diesem Verfahren nicht definiert; vorgeschlagen wird die Verbrennung in Zementöfen. Deshalb lässt sich auch keine genaue Schadstoffbilanz erstellen. Der grosse Vorteil dieses Verfahrens besteht aber darin, dass wiederverwertbare Stoffe ausgetrennt werden und dass ein lager-

fähiger Brennstoff mit definierter Qualität entsteht. Ein Brennstoff, der bei Bedarf, also hauptsächlich im Winter, verbrannt werden kann.

Meiner Ansicht nach müsste die Kombination Reststoffverwertungsanlage und Thermoselectanlage näher geprüft werden. Diese beiden Verfahren könnten sich in idealer Weise ergänzen. Der Bericht hat etwas zu voreilig dem RVA-Verfahren die «rote Karte» gezeigt.

Neu diskutiert werden muss auch die Standortfrage. Denn es würde wenig Sinn machen, eine Thermoselect-Anlage in einem Gebiet zu bauen, wo die anfallende Wärme kaum genutzt werden kann. Und der Gleisanschluss, der ein gewichtiges Argument für die Wahl des Standortes in Fänn war, wurde bekanntlich vom Kantonsrat aus der Vorlage gekippt.

Den anfallenden Kehrrecht sortieren und verbrennen ist das Eine, Kehrrecht vermeiden das Andere. Gerade dem zweiten Punkt müssen die Alternativen in Zukunft grössere Aufmerksamkeit schenken. Denn auch nach dem 26. September ist das Thema Abfall noch nicht vom Tisch.

■ *Reto Hunziker*

Hinweis

Wir können mit einer Neuigkeit aufwarten: Exklusiv bringen wir Auszüge aus dem bisher unveröffentlichten Zwischenbericht, der alternative Verfahren zur geplanten KVA prüfte. Beachten Sie den Artikel auf Seite 6.

Inhaltsverzeichnis

Schliessung der Spinnerei an der Lorze Gassers Sündeböcke	Seite 4
Alternative Verfahren zur KVA Beste Noten für Thermoselect	Seite 6
Abstimmung vom 6. Juni Eine Niederlage einstecken und sich auf die Zukunft vorbereiten	Seite 7
Volksinitiative für eine vernünftige Drogenpolitik Weg aus der Sackgasse	Seite 8
Schliessung Arbeitsforum Drogen «Jäher Absturz»	Seite 9
Zwei Jahre danach «Beissen auf Granit»	Seite 11
Grün im öffentlichen Raum – eine Collage Vielfältig und ökologisch wertvoll?	Seite 19
Regierungsrat Deregulierung: Weder Zauberwort noch Tabu	Seite 23
Kantonsrat Aufsteller und Absteller, wie gehabt	Seite 25
Grosser Gemeinderat Knackpunkte der Stadtplanung	Seite 27
Kuntergrün	Seite 31
Beilage In diesem Bulletin finden Sie eine Beilage zum Zuger Symposium, die wir von der «Bresche» übernommen haben.	

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 2/93, Juni 1993; erscheint viermal jährlich
Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin
Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 2041, 6302 Zug; Telefon: 21 84 93
Redaktion: Ruedi Amrhein, Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Brigitte Weiss
Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Baar
Auflage: 1050
Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-
Redaktionsschluss Nr. 3/93: Montag 6. September; Erscheinungsdatum Montag 20. September

Gasser – Wie lange noch?

Adrian Gasser gilt als die Unperson schlechthin. Sein Ruf als Unternehmer ist ruiniert. Seine persönliche Art mit Menschen und Behörden umzugehen, hat viel zum schlechten Klima in der Spinnerei an der Lorze beigetragen. Das ist das eine.

Ansonsten ist Adrian Gasser ein ganz normaler Unternehmer. Profitorientiert, und das bis zum Exzess. Da unterscheidet er sich nicht gross von seinen Unternehmer-Kollegen. Obwohl diese zu ihm am liebsten auf Distanz gehen, denn sie sehen die Eskalation um die Lorze und die Person Gasser nicht ungerne, lenkt diese wenigstens im Moment von ihren eigenen Problemen ab.

Ich meine, diesbezüglich «gassert» es im ganzen Kanton. Es ist ja nicht so, dass alle die, welche heute stempeln oder bereits ausgesteuert sind, früher in der Spinnerei beschäftigt waren. Die Statistik der Arbeitslosenzahlen im Kanton zeigt ein anderes Bild. Handelt der Landis & Gyr Konzern nicht genauso? Dividende für die Aktionäre; ein Händedruck für die Entlassenen. Oder all die, welche mit einem Personalstopp kalt ihre Belegschaft abbauen und damit direkte Verursacher von Jugendarbeitslosigkeit sind? So gesehen, steht Adrian Gasser gar nicht so quer in der Landschaft. Ein schriller Vogel zwar, der etwas zu plump und zu grobschlächtig das anstrebt, was er will: Profit. Nicht mehr und nicht weniger.

Für viele in Baar ist die Aera der einstmaligen stolzen Spinnerei



an der Lorze abgeschlossen. Obwohl noch unter Adrian Gasser kräftig investiert wurde, ging die Zahl der Arbeitsplätze sukzessive zurück. Ob und wie die Rechnung für Gasser aufgeht, weiss ich nicht. Für die Entlassenen ist sie mit Sicherheit nicht aufgegangen. Viele bangen noch heute um ihren Anteil am Stiftungsgeld der Pensionskasse. In dieser Sache hat sich die Regierung eingeschaltet, sie ist die gesetzliche Aufsichtsbehörde. Das konsequente Handeln der Regierung liess den Fall «Lorze respektive Gasser» vollends eskalieren. Gasser hat der noch verbliebenen Belegschaft gekündigt und mit der endgültigen Schliessung gedroht. Was bleibt, ist eine leere Hülle, in der so schnell kein Garn mehr gesponnen wird.

Was tun, fragen sich viele. Hinter den modernen Maschinenhallen steht die alte historisch wertvolle «Spinni». Eigentlich hätte sie schon lange weichen müssen. Die Nutzung des

Grundstücks ist massiv überschritten und ein Nebeneinander der beiden «Fabrikstile» ist in meinen Augen nicht sinnvoll. Dazu hätte eine Umzonung oder eine Erhöhung der Nutzung mittels Bebauungsplan kaum Chancen auf Erfolg.

Früher oder später wird Adrian Gasser das Grundstück verkaufen müssen. Ewig kann er seine stillstehenden Maschinen nicht finanzieren. Ob die modernen Hallen genau den Ansprüchen eines neuen Investors entsprechen, ist höchst fraglich. Diese werden also auch verschwinden müssen. Was bleibt, ist die alte «Spinni». Utopie? Wenn, dann eine, über die sich nachzudenken lohnt. Der Kanton und die Gemeinden sind unentwegt auf der Suche nach Bauland. Warum sollen sich hier die Gemeinde Baar und der Kanton nicht zusammenschliessen, das Grundstück kaufen und in den Gebäuden der Spinni ein Zentrum für Kleingewerbe und Kultur ermöglichen? Darüberhinaus würden sich Gemeinde und Kanton ein schönes Stück ihrer Geschichte erhalten. Utopie?

N.B. Vor etlichen Jahren nahm das Volk eine Initiative zur Erhaltung der alten Lorzentobelbrücke an. Auch sie hätte dem Modernismus und Gigantismus weichen müssen. Die Brücke steht, auch wenn sie jetzt niemand mehr so recht will. Das wird nicht das Los einer geretteten «Spinni» sein. Denn sie wird zum Teil heute schon genutzt.

■ Urs Kern

Gassers Sündenböcke

Der thurgauische Unternehmer Adrian Gasser schliesst den ältesten Industriebetrieb in der zugerischen Gemeinde Baar, die Spinnerei an der Lorze. Trotz jahrelangen gegenteiligen Beteuerungen kommt dieser Entscheid nicht überraschend.

Daniela Meyer

Den Einstieg in die Textilindustrie machte der gelernte Buchrevisor Adrian Gasser bei der Spinnerei Bürglen TG, die zur Schmid AG Gattikon gehört. Gassers rigorose Sanierung des Betriebes imponierte dem VR-Präsidenten der Schmid AG, Robert Zoelly, derart, dass er ihn 1988 zum Exekutivdelegierten der Spinnereigruppe an der Lorze machte.



Der Traum vom Baumwollkonzern

Nach den Übernahmen der Spinnereien Ed. Bühler AG in Kollbrunn, Textil AG in Schwanden und Gugelmann AG in Roggwil 1989 durch die Schmid AG erklärte Gasser damals, er plane einen Baumwollkonzern mit 120'000 Spindeln. Nach vier Jahren ist Gasser weit davon entfernt. Von den fünf Textilbetrieben der Schmid AG produzieren nach der Schliessung der Lorze nur noch Bürglen und Bühler in Kollbrunn. Die Textil AG in Schwanden und Kollbrunn fielen einer angeblichen Messingkäferinvasion zum Opfer, vier Wochen nachdem die Schmid AG die Firmen gekauft hatte. Gasser hatte die Messingkäfer selber bei ei-

nem sonntäglichen Rundgang in der Spinnerei entdeckt. Die Käfer hatten nach Gassers Angaben die Baumwoll-Lager angegriffen und zerstört, so dass ihm nur noch die Schliessung der Firmen übrig blieb. Zweifel an der eigenartigen Geschichte kamen auf, nachdem ein Experte nach Untersuchungen erklärte, er habe keine Reste von Käfern im Jungstadium in den Lagern gefunden, daher müssten die Käfer zu Tausenden von aussen gekommen sein. Der Gesamtverband für Textil erklärte, dieser Fall sei einmalig in der Geschichte des Spinnereiwesens. Kollbrunn wurde nach massiven Investitionen wieder eröffnet, Schwanden blieb für immer geschlossen. Bei Gugelmann wurde die Produktion 1990 eingestellt, weil die Behörden und die SBB nicht bedingungslos alle Forderungen von Gasser erfüllen wollten, die er im Zusammenhang mit der Erweiterung der Fabrik gestellt hatte.



Das Schicksal der Lorze

Gasser übernahm 1990 die Führung der Spinnerei an der Lorze. Bereits im Februar 1991 wurden die ersten 39 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Zu den Entlassungen kam es nach Ansicht Gassers, weil

der Maschinenkonzern Rieter für einen Teil der Spinnereimaschinen die Ersatzteilliefergarantie aufgehoben hatte und dies eine Weiterführung dieser betroffenen Abteilung unmöglich machte. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Spinnerei aber über ein eigenes grosses Ersatzteillager. Erste Spekulationen über die Schliessung der gesamten Spinnerei kursierten. Gasser beschwichtigte bei einem öffentlichen Auftritt in Baar: «Wir werden überleben». Vorsichtig geworden, suchte er sich bereits einen nächsten Sündenbock aus. Er machte die Zukunft der Lorze von der Zinspolitik der Nationalbank abhängig. Wegen des Aufkaufs der Spinnereien und der späteren hohen Investitionen ist die Lorze-Gruppe hoch mit Fremdkapital verschuldet. Ein Anstieg der Zinsen würde die Firma in arge Bedrängnis bringen. Genaue Zahlen über die Finanzlage sind jedoch nicht bekannt.

Verhandlungen über einen Sozialplan für die Entlassenen lehnte Gasser ab. Stattdessen erhöhte er die Mietzinsen der «Lorze»-eigenen Wohnungen massiv (während er seinen Wohnsitz vom Kanton Thurgau nach Monte Carlo verschob). Zudem wurden die Löhne um zehn Prozent gekürzt. Gasser, der sich gerne als sozialer Arbeitgeber sieht, gab dem Personal jedoch die Möglichkeit, die Lohnkürzungen durch vermehrte Schichtarbeit auszugleichen.

Im April 1992 wurde Gasser Mehrheitsaktionär bei der Lorze. Im Oktober 1992 kam es zur zweiten Entlassungswelle, 71 Personen wur-

de gekündigt. Nun konnte ein Sozialplan ausgearbeitet werden, dieser war indirekt jedoch der Auslöser für die Schliessung der Lorze.

Um die 1,5 Millionen für die Kosten des Sozialplanes aufzubringen, musste Gasser eine Teilliquidation bei der Personalfürsorgestiftung durchführen. Es kam zu Gerüchten, Gasser verkaufe Immobilien der Stiftung zu unersetzten Preisen an die Lorze-Gruppe. Als Antwort auf eine Interpellation des Baarer CVP-Kantonsrates Walter Zürcher verlangte die Zuger Direktion des Innern als Aufsichtsbehörde des Stiftungsrates von diesem einen Liquidationsplan bis zum 1. April 1993. Der Stiftungsrat, dem nur A. Gasser, R. Zoelly und G. Scheiber (PR-Beraterin von A. Gasser) angehören, kam dieser Aufforderung nicht genügend nach und wurde darum all seiner Funktionen enthoben. Am selben Tag gab Gasser die Schliessung der Spinnerei an der Lorze bekannt.



Der Sündenbock

Schuld an der Schliessung ist nach Gassers Ansicht nicht seine Unternehmensführung, sondern Andreas Iten als Vorsteher der Direktion des Innern. Gasser hatte sich bereits früher über Iten geärgert, als dieser in einer Kolumne des «Zuger Tagblatts» Gasser vorwarf, er nehme seine sozialen Verpflichtungen als Unternehmer nicht wahr. Doch schlimmer wog für Gasser Iten's Verteidigung der Medien, die kritisch über Gasser geschrieben hatten. Denn von der Presse fühlt sich Gasser völlig missverstanden. Er spricht

sogar von einer Hetzkampagne der Weltwoche, LNN und Bilanz gegen ihn. Gegenüber der LNN verstieg er sich sogar zum Vorwurf, sie würde Nazimethoden gegen ihn anwenden.

So verlieren nun die letzten 30 Angestellten der Lorze, die vor vier Jahren noch 160 Personen beschäftigte, ihre Arbeit. Solange der Streit über die Gelder der Personalfürsorgestiftung anhält, werden die Entlassenen auf ihre Entschädigungen warten müssen. Ähnlich erging es bereits den Entlassenen der Firma Gugelmann. Diese warteten nach Streitereien zwischen den Behörden und Gasser jahrelang auf die Erfüllung ihres Sozialplanes.



Die Zukunft der Lorze

Bisher hatte die Spinnerei an der Lorze für die Lorze-Gruppe Einkauf, Vertrieb und Verwaltung übernommen – dies könnte wegen des steuergünstigen Standortes Baar wohl beibehalten werden. Das übrige Betriebsgelände könnte wie bei Gugelmann fremdvermietet werden und so mehr Geld einbringen als der Spinnereibetrieb. Wie entschlossen Gasser ist, aus dem Gelände der Lorze möglichst viel Kapital zu ziehen, zeigen folgende Geschichten am

Rande: Ein altes Holzhaus, das früher unentgeltlich den Benützern des Vita-Parcours zur Vergügung gestellt wurde, wird heute als Probelokal vermietet. Eine lokale Theatergruppe, die bisher immer gratis in den Räumen der Lorze geprobt hatte, soll nun rückwirkend bis Anfang Jahr Miete zahlen. Ein Mäzen wird aus Gasser wohl kaum werden.

Einen Bebauungsplan für das Lorze-Gelände arbeitet zur Zeit das Büro Hesta-Immobilien Zürich aus, denn Gasser hätte bis Dezember 1992 den Westteil des alten Fabrikgebäudes wegen Übernutzung abbrechen müssen. Die Frist für die Eingabe eines Gestaltungsplanes wurde vom Gemeinderat zuerst auf Juni 1992 verlängert. Nach Einsprachen der Spinnerei an der Lorze und des Heimatschutzes, der dieses alte Industriebäude erhalten möchte, wurde das Verfahren sistiert. Gasser wird die Zuger Behörden auch weiterhin beschäftigen. □

Die Lorze-Gruppe

- ◆ Spinnerei an der Lorze in Baar, ZG
- ◆ Bühler in Kollbrunn, ZH
- ◆ Kammgarnspinnerei in Bürglen, TG
- ◆ Gugelmann in Roggwil, BE

Beste Noten für Thermoselect

Gemäss dem Zwischenbericht über alternative Verfahren belegt das Thermoselect-Verfahren den ersten Rang bezüglich Auswirkungen auf die Umwelt. Sowohl das Thermoselect-Verfahren wie auch das Schwel-Brenn-Verfahren schneiden bezüglich Umweltaspekte deutlich besser ab als das Rostofenverfahren. Das Reststoffverwertungs-Verfahren (RVA) wird nicht für eine Weiterbearbeitung empfohlen.

Erstellt wurde der Zwischenbericht vom Büro Basler & Hofmann. Verglichen wurden fünf Verfahren:

- ◆ Rostofenverfahren gemäss Vorlageprojekt
- ◆ Thermoselect-Verfahren der Firma Thermoselect
- ◆ Schwel-Brenn-Verfahren der Firma KWU-Siemens
- ◆ Reststoffverwertungs-Verfahren RVA der Firma RVA AG
- ◆ Sortier-Verfahren der Firma Lieberherr

Schwergezwichtig wurden die Umweltaspekte untersucht, welche mit den Hauptkriterien Belastung von Luft, Wasser und Boden, Stoffflüsse und Energieflüsse erfasst wurden. Die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit der Verfahren wurden in die Untersuchung miteinbezogen.

Der Bericht kommt zu folgendem Schluss: «Die Untersuchung zeigt, dass die beiden alternativen Verfahren der Firmen Thermoselect und KWU-Siemens bezüglich der Umweltaspekte deutlich besser abschneiden, als das im Vorlageprojekt vorgesehene Rostofen-Verfahren. Auch bei ungünstigen Szenarien kann an dieser Bewertung festgehalten werden, da die Qualität der Reststoffe dank den wesentlich höheren Behandlungstemperaturen als im Rostofen sehr gut ist. Das Reststoffverwertungs-Verfahren hingegen kann nur dann seine gute Position bezüglich der Umwelt halten, falls der hergestellte Brennstoff in Zementwerken verbrannt werden

kann. Ansonsten können mit diesem Verfahren keine umweltmässigen Vorteile erzielt werden.»

Bei der Machbarkeit stehen die alternativen Verfahren «wegen der noch fehlenden Betriebserfahrung deutlich hinter dem Rostofenverfahren». Und weiter: «Unter den alternativen Verfahren nimmt das Reststoffverwertungs-Verfahren den Schlussrang ein. Dieses Verfahren stellt technisch zwar durchaus eine gute Lösung dar, doch ist der wesentliche Kern des Verfahrens, die Verwertung des Brennstoffes im Zementwerk, mit zu vielen Fragen behaftet.»

Der Bericht kommt zu folgenden Empfehlungen: «Das Thermoselect-Verfahren muss vertieft untersucht werden. Es belegt den ersten Rang bezüglich Auswirkungen auf die Umwelt unabhängig davon, ob die Verfahrensrückstände eine Verwendung finden oder deponiert werden müssen. In Bezug auf die technische Machbarkeit wird es von den alternativen Verfahren am besten eingestuft. (...) Das Schwel-Brenn-Verfahren sollte ebenfalls weiterverfolgt werden. Es liegt in Bezug auf die Hauptkriterien der Umweltaspekte – mit oder ohne Verwertung der Verfahrensrückstände – knapp hinter dem Thermoselect-Verfahren noch deutlich vor dem Rostofen. Die technische Machbarkeit wird nur gering schlechter beurteilt als beim Thermoselect-Verfahren. (...) Das Reststoffverwertungs-Verfahren wird nicht für eine Weiterbearbeitung

empfohlen. Das vorgelegte Konzept, aus dem Kehrlicht einen Brennstoff für Zementöfen herzustellen bietet zwar bezüglich Umweltaspekte ähnliche Vorteile wie die zwei anderen Alternativen zum Rostofen. Da aber Gespräche zwischen Behörden und Zementindustrie über den möglichen Beitrag dieser Industrie zur Lösung der Abfallentsorgung erst am Anlaufen sind, sind zur Zeit keine belastbaren Aussagen zur Machbarkeit des Reststoffverfahrens möglich. Steht die Möglichkeit der Verbrennung in Zementöfen nicht oder nur teilweise zur Verfügung, muss der Brennstoff in einer KVA oder in einer geeigneten Industriefeuerung verbrannt werden. Das Verfahren weist dann keine ausserordentlichen Vorteile mehr auf. (...) Das Sortierverfahren wird nicht weiterverfolgt. Es unterscheidet sich von den anderen Verfahren lediglich durch eine Strategie der Separatsammlung von Werkstoffen, die von der heute eingeführten und erfolgreichen Strategie abweicht.»

Interessant ist auch die Bewertung der anfallenden Reststoffe: «Die Qualität der Schlacke aus dem Rostofen erlaubt nur eine bedingte Verwertung oder verlangt eine Enlagerung in einer Reaktordeponie. Die Schmelzschlacken aus den beiden anderen Verfahren (gemeint sind das Thermoselect- und das Schwel-Brenn-Verfahren, die Red.) dürften besser verwertbar sein als Schlacke und bezüglich Endlagerung Inert- oder Reststoffqualität aufweisen.» □

Eine Niederlage einstecken und sich auf die Zukunft vorbereiten

Einmal mehr gehörte ich am 6. Juni zu den Verlierern. Ein unerwartet deutliches Resultat, das auf den ersten Blick enttäuschend erscheinen mag. Den Militärs ist es gelungen, die Sachfrage des Fliegermoratoriums in eine Grundsatzfrage über die Existenz der Armee zu verwandeln. Angesichts der «totalen Mobilmachung» der Ewiggestrigen sind 43% respektive 45% JA-Stimmen kein schlechtes Resultat.

Jörg Rüttimann

Die Erwartungen sind durch die Meinungsumfragen im Vorfeld der Abstimmung zu hoch gesetzt worden. Immerhin konnten wir gesamtschweizerisch unsere Stimmenzahl trotz einer 15% kleineren Stimmbeteiligung halten, während die Gegenseite eine halbe Million Stimmen einbüsste (Vergleichsbasis: Armeeabschaffungs-Initiative 1989).

Mässiges Zuger Ergebnis

Der Kanton Zug liegt mit ca. 6% weniger JA-Stimmen unter dem schweizerischen Durchschnitt. Es ist aber das beste Resultat in der Inner-schweiz. Auffällig ist der relativ hohe JA-Anteil von über 38% in den Gemeinden Hünenberg, Baar und Steinhausen. Unsere Zuger Kampagne darf sich sehen lassen, trotz der schlechten persönlichen Beteiligung unseres Umfeldes. Ich vermisste insbesondere eine aktive Teilnahme der SP an der Kampagne. Auch national glänzte die SP bis auf wenige Ausnahmen durch Abwesenheit. Die SP tut gut daran, sich jetzt schon zu überlegen, wie sie ihrer Rüstungshalbhierungs-Initiative zur Mehrheit verhelfen will.

Das Absturz-Fäschts im Jugendzentrum mit über 250 vorwiegend jugendlichen BesucherInnen war ein Erfolg. Die Strassenkampagne war – ein Wochenende vor der Abstimmung – zu spät angesetzt. Die Meinungen zum Thema waren zum

grössten Teil gemacht, so dass wir nur noch unsere Präsenz markieren konnten. Eine grössere Mobilisation von Leuten über unsere eigenen Reihen hinaus ist uns nicht gelungen. Die Gegnerschaft konnte besser mobilisieren. Ein klares Indiz dafür war die riesige Flut von Leserbriefen.

GSoA kapituliert nicht

Wenn auch von bürgerlicher Seite die totale Kapitulation der GSoA herbeigesehnt wird, sind zwei verlorene Volksabstimmungen noch kein Grund, um unsere Utopien über den Haufen zu werfen. Als wir vor 10 Jahren den steinigen Weg der Armeeabschaffung begingen, war uns klar, dass unser Ziel kaum noch in diesem Jahrtausend verwirklicht wird. Die GSoA muss gemessen werden an den gesellschaftlichen Diskussionen und Veränderungen, welche durch sie überhaupt erst ausgelöst wurden. Allein das erfordert ihre weitere Existenz. Von Auflösung kann keine Rede sein. Mindestens 2 von 5 Personen stehen der Armee weiterhin kritisch bis ablehnend gegenüber. Die GSoA muss Sprachrohr dieser qualifizierten Minderheit bleiben. Der in Gang gesetzte Um-denkprozess ist nicht mehr aufzuhalten. Ich bin überzeugt vom richtigen Ziel unserer Idee, wenn wir auch den Weg dazu immer wieder neu überdenken müssen. Bevor wir uns in ein neues Abenteuer stürzen, müssen wir die vergangene Abstimmung sorgfältig analysieren. Eine neue Abschaffungsinitiative in den

nächsten zwei Jahren zu lancieren, würde die Glaubwürdigkeit der GSoA verspielen. Erst wenn unser Ziel annähernd mehrheitsfähig wird, ist es sinnvoll, eine zweite Abschaffungsinitiative an die Hand zu nehmen. Es bleibt abzuwarten, bis ein paar unbelehrbare “Kriegsgenerationen” weggestorben sind. Unsere Chance liegt in der Überzeugung von Jugendlichen, die in den nächsten Jahren stimmberechtigt werden. Sie sind offen für Neues, kritischer gegenüber der Armee und weniger staatsgläubisch. Damit meine ich nicht, dass wir uns bis zur nächsten Initiative zur Ruhe setzen sollen. Im Gegenteil, es sind neue Ideen und Formen gesucht, um in der Öffentlichkeit weiter präsent zu sein. Ich denke da in nächster Zeit vor allem an Aktionen auf nichtparlamentarischer Ebene. Mit fantasie- und lustvollen Debatten und Aktionen muss die Armeeabschaffungsfrage auf dem Tisch bleiben. □

Weg aus der Sackgasse

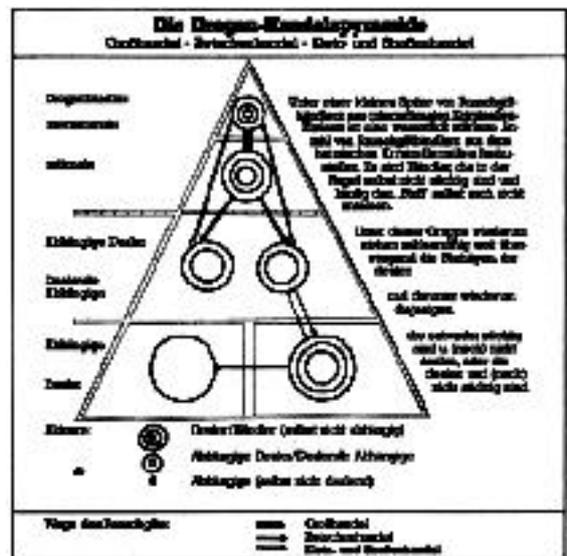
Die Arbeitsgemeinschaft für Drogenlegalisierung (DroLeg) lancierte am 18. Mai 1993 die Volksinitiative für eine vernünftige Drogenpolitik. Ich unterstütze diese Initiative, weil ihr im Gegensatz zur heutigen Drogenpolitik ein ehrliches, ethisches Menschenbild zugrunde liegt.

Trix Amrein*

Jugend oder Menschheit ohne Drogen ist eine Illusion. Drogen werden seit jeher als Heilmittel und zu Genusszwecken verwendet und gehören zum Alltag des Menschen. Die Initiative will die Unterteilung in legale und illegale Substanzen aufheben. Den KonsumentInnen von illegalen Drogen soll die gleiche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zugemutet werden wie den Tabak-, Alkohol- und MedikamentenkonsumentInnen. Das heisst, sie sollen nicht ausgegrenzt, bevormundet und kriminalisiert werden.

Der im Betäubungsmittelgesetz (BtmG) verbotene Handel mit illegalen Drogen hat international und national ein Ausmass angenommen, das nicht mehr überschaubar und kontrollierbar ist. Die verbotenen Substanzen werden überall offen konsumiert. Vergeblich wird mit repressiven Mitteln versucht, das Drogenproblem zu lösen. Ich bin der Ansicht, dass ein Gesetz, dessen Bestimmungen nicht ausgeführt werden können, untauglich ist. Die Volksinitiative will alle im Betäu-

bungsmittelgesetz verankerten psychotropen Substanzen legalisieren. Das heutige Prohibitions-Modell soll durch ein Modell ersetzt werden, bei dem der Staat Einfuhr, Produktion, Handel und Vertrieb der Drogen regelt. Das BtmG soll aufgehoben werden. Mit der staatlichen Monopolisierung kann dem illegalen Drogenmarkt der Boden entzogen werden, und damit wird auch der Zwang zur Beschaffungskriminalität und -prostitution beseitigt. Die KonsumentInnen bleiben sozial integriert und können ihr Einkommen anstatt für Drogen für Miete, Kleider, Nahrung, Hobbies usw. ausgeben. Erst durch die Gleichstellung aller bewusstseins- und stimmungsbeeinflussenden Substanzen kann sachgerechte Information, Prävention und Aufklärung erfolgen. Die durch die Legalisierung gesparten Repressionskosten von jährlich rund 160 Millionen Franken (für Prävention und Forschung wird zehnmal weniger ausgegeben) könnten für eine Gesundheits- und Sozialpolitik eingesetzt werden, die Menschen wegen selbstschädigender Handlungen



Der verbotene Handel mit illegalen Drogen hat international und national ein Ausmass angenommen, das nicht mehr überschaubar und kontrollierbar ist. ■ Bild Doris Michel

nicht bestraft, moralisch verurteilt oder ausgrenzt.

Die Auseinandersetzung mit der Initiative für eine vernünftige Drogenpolitik bedeutet, bestehende Bilder, welche die noch illegalen Drogen verteufeln und dämonisieren, aufzuarbeiten. Die Frage der gesellschaftlichen Sucht darf nicht auf den kleinsten Teil (illegale Drogen) abgewälzt werden. □

Infos

Initiativbögen sowie Erläuterungen zur Initiative können bei der Gassenarbeit, Kolinplatz 21, Zug, bezogen werden.

* Trix Amrein arbeitet als Gassenarbeiterin und wohnt in der Stadt Luzern.

«Jäher Absturz»

Nur gerade 16 Monate hat ein Projekt überlebt, das Drogenabhängigen einen Platz in der Arbeitswelt verschaffen wollte. Das Arbeitsforum musste Ende März seine Arbeit einstellen und den Leiter in die Arbeitslosigkeit entlassen, nachdem der Regierungsrat die Finanzierung nicht mehr gewährleisten wollte. Zuvor hatten das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) die Konzeptphase und der Kanton weitere sechs Monate für die Projektstelle finanziert.

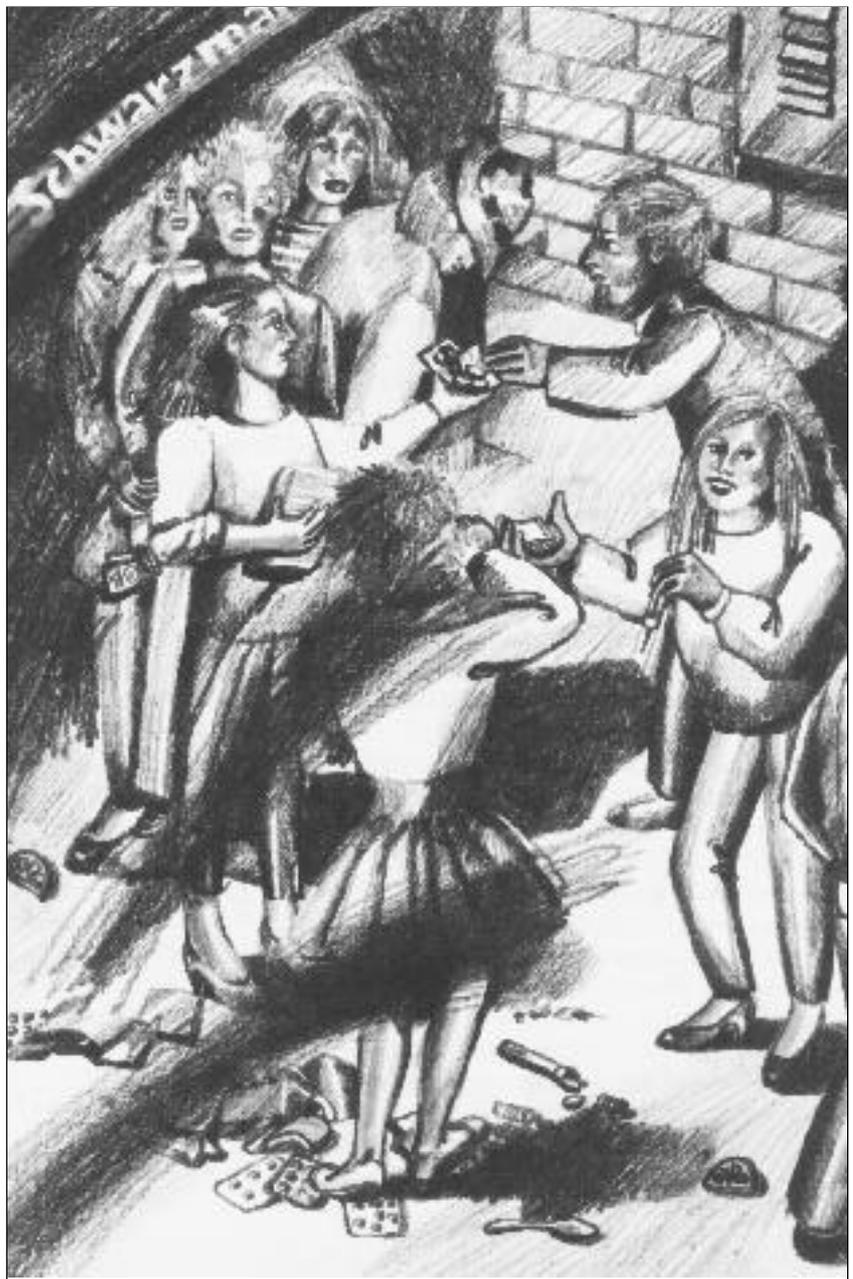
Ivo Ramer*

Einmal nicht mehr integrierte KonsumentInnen harter Drogen haben kaum eine Chance, einen festen Arbeitsplatz oder auch nur eine vorübergehende Beschäftigung zu finden. Auch jene Personen, die sich bis vor kurzem noch mit gelegentlichen Temporäreinsätzen finanziell über Wasser halten konnten, geraten wegen der rückläufigen Beschäftigungslage zunehmend ins Abseits. Ein grösserer Teil dieser Gruppe von drogenabhängigen Menschen hat das grundsätzliche Bedürfnis, tätig zu sein, eine Arbeit im weitesten Sinne zu verrichten. Kann dieses Bedürfnis längere Zeit nicht erfüllt werden, leidet das Selbstwertgefühl und wird die ganze Persönlichkeit in Frage gestellt. Arbeit zu haben oder eben nicht, ist in unserer Gesellschaft extrem wichtig für das Anerkanntsein und das Selbstbewusstsein.

Selbständigkeit durch Erwerbseinkommen

Auf dieser Basis ist es wesentlich, allen beizustehen, die den Wunsch haben zu arbeiten. Ihnen in dieser Situation zu einer Beschäftigung zu verhelfen, ist bereits eine Art Therapie, und das Begleiten von abhängigen Arbeitssuchenden ist Hilfe zur Selbsthilfe.

Drogenabhängige mit eigenem Erwerbseinkommen können sich lange selbst finanziell über Wasser



halten, auch wenn alles verfügbare Geld in den Drogenkonsum investiert wird. Sind sie aber einmal aus dem Erwerbsprozess gefallen, reichen das Arbeitslosengeld oder die Sozialhilfe nicht mehr aus und andere Finanzierungswege – meist illegale – müssen gesucht werden. Der Abstieg in die soziale Verwahrlosung beginnt und wird meist begleitet vom baldigen Verlust der Wohnung und der bisherigen sozialen Kontakte. Wenn die finanzielle Selbständigkeit durch Arbeitserwerb erhalten werden kann, wird auch die Gefahr des Abgleitens an den äussersten Rand der Gesellschaft verkleinert und damit längerfristig die Chance zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum erhöht.

Realisierung im Eiltempo

Das Drogen Forum Zug (DFZ) hat im Oktober 1991 beschlossen, ein Projekt zu entwickeln und zu realisieren, welches arbeitslosen Drogenabhängigen den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt ermöglicht. Schon auf den 1. Dezember 1991 konnte unter dem Namen «Arbeitsforum» eine Stelle eröffnet werden. Das BAG hatte der Finanzierung einer ersten Konzeptphase bis Juni 1992 zugestimmt, die Sanitätsdirektion des Kantons Zug stellte den Büroraum zur Verfügung und sicherte zu, sich nach der Konzeptphase selbst für die Weiterführung zu engagieren, soweit ein Bedürfnis ausgewiesen sei. Mit Ueli Bachmann, Architekt ETH und M.A. in Psychotherapie nahm ein ausgewiesener Fachmann die Arbeit auf. Er hatte mit betroffenen Drogenabhängigen ihnen entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu suchen bzw. zu planen. Es konnte sich um die Vermittlung von Normalarbeitsplätzen, die Schaffung von Nischenarbeitsplätzen (mit beschränkten Leistungsanforderungen) in bestehenden Betrie-

ben oder um die Bereitstellung eines eigenständigen Dienstleistungsangebots handeln. Parallel zur praktischen Arbeit sollte das Konzept entwickelt, den jeweils neuen Gegebenheiten angepasst und schliesslich ausformuliert werden.

Erfolgreicher Aufbau

Im ersten halben Jahr suchten 26 Personen eine Beratung beim Arbeitsforum. Mindestens neun von ihnen arbeiteten am Ende der Konzeptphase. Aufgrund dieser positiven Ansätze und eines ersten schriftlichen Berichts beschloss der Regierungsrat am 14. Juli 1992, das Projekt für ein weiteres halbes Jahr fortzusetzen und verlangte einen abschliessenden Bericht auf Ende Oktober. Dieser sollte Grundlage sein für die weitere Unterstützung.

Das zwischenzeitlich ausgearbeitete definitive Konzept sah vor, einerseits die Beratung von Einzelpersonen und die Vermittlung von Arbeitsplätzen weiterzuführen. Daneben sollten aber auch geleitete Gruppeneinsätze in verschiedensten Bereichen geschaffen werden können. Dies bedingte eine Ausweitung des Arbeitsforums von der bisherigen 80%-Stelle auf insgesamt 200 Stellenprozent. Mündliche und schriftliche Reaktionen von Betroffenen und Sozialdiensten sowie die 47 zum Teil während eines ganzen Jahres Betreuten rechtfertigten nach Meinung des DFZ die weitere Existenz des Arbeitsprojekts. Es konnte aber nur in vollem Umfang realisiert werden, wenn für die Finanzierung die öffentliche Hand einen wesentlichen Beitrag dazu leistete, da es sich klar um eine öffentliche Aufgabe handelt.

Jäher Absturz

Mitte Dezember und nach einem Wiedererwägungsgesuch auch im

Januar lehnte eine Mehrheit des Regierungsrats die Finanzierung für 1993 ab. An der Notwendigkeit und am Konzept wurde zwar nicht gezweifelt. Die Regierung war aber nicht gewillt, Einzelprojekte weiterhin zu unterstützen, bevor nicht ein kantonales Drogenkonzept vorläge, welches die Angebote für Drogenabhängige insgesamt regelte. Insbesondere bestehe auch kein Budgetposten, welcher die Finanzierung dieses Projekts erlaube. Da die eigenen Mittel für die weitere Entlohnung des Stelleninhabers nicht ausreichten, sah sich das DFZ gezwungen, Ueli Bachmann auf Ende März zu kündigen.

Mit dem Arbeitsforum hat das DFZ rasche und unkomplizierte Hilfe realisiert, bevor eine langfristige Finanzierung gesichert war, im Vertrauen darauf, dass was notwendig und bewährt ist, sich auch bezahlen lässt. Die offizielle Politik konnte das Tempo nicht mithalten. □

* Ivo Ramer arbeitet als Drogenberater und ist Präsident des Drogenforums Zug. Er wohnt in Dübendorf.

«Beissen auf Granit»

Dieses Gespräch entstand im Februar. Daran nahmen teil die ParlamentarierInnen Andrew Bos (Gemeinderat SGA Zug), Urs Hausherr (Kantonsrat Gleis 3 Rotkreuz), Toni Kleimann (Kantonsrat Frische Brise Steinhausen), Sybilla Schmid (Kantonsrätin SGA Baar), Arlene Wyttenbach (Kantonsrätin SGA Zug) sowie Thomas Ehrensperger, ehemaliger Präsident des Kritischen Forums Cham.

Gesprächsleitung: Reto Hunziker

Fotos: Reto Hunziker

Zeichnungen: Ursula Bossard

Bulletin: Ihr seid alle seit zwei Jahren im Parlament, mit Ausnahme von Thomas Ehrensperger. Wie habt ihr diese zwei Jahre erlebt? Was sind eure Erfahrungen und Eindrücke? Wie sieht es aus mit der Arbeitsbelastung? Entspricht das Mandat den Vorstellungen, die ihr vor den Wahlen gehabt habt?

Andrew Bos: Mir fällt der krasse Widerspruch zwischen Aufwand einerseits und Ertrag andererseits auf. Wenn ich schaue, wieviele Stunden ich für Gemeinderats- und Kommissionssitzungen aufwende, und das vergleiche mit dem, was dabei herauskommt, lässt sich das auf einen Nenner bringen: Ein riesiger Frust. Gerade wenn ich das mit meiner früheren Tätigkeit in der Zuger Aktionsgruppe für Freiräume vergleiche, als wir nach zwei Jahren etwas erreicht hatten. In der Parlamentsarbeit ist viel Kleinkram, viel Papier, es sind viele Sitzungen, viel Gerede und viel Aufreiben bei Auseinandersetzungen mit andern PalamentarierInnen. Und was schlussendlich dabei herauschaut, ist relativ wenig.

Urs Hausherr: Ich hätte mir vorgestellt, dass ich mehr zustande bringe und mehr selber machen kann. Mein Hauptindruck ist eine grosse Flut von Sachen, die man bewältigen sollte; dadurch ist die Eigenaktivität ziemlich stark gebunden.

Dass wir immer in einer ziemlich hoffnunglosen Minderheit sind, macht das Ganze schon schwierig. Auch wenn man sich in den Kommissionen noch relativ gut Gehör

verschaffen kann, ist dies im Rat relativ schwierig. Die Kommissionsarbeit war für mich noch das Positivste, da es sich dort lohnt, sich auf die Sitzungen vorzubereiten, und man



ZWEI JAHRE DANACH



sich so mit Wissen Gehör verschaffen kann. Ich habe vor allem in der Fänn-Kommission mitgearbeitet, wo schlussendlich der Erfolg doch relativ gering und der Aufwand gross war.

Arlene Wyttbach: Ein wichtiger Eindruck von mir ist, dass wir eine kleine Minderheit sind. Dadurch ist es schwierig, etwas durchzubringen. Andrew, mich erstaunt, wenn du sagst, dass es auch für dich im Gemeinderat ein grosser Frust ist. Denn dort kann die Mehrheit doch zu euren Gunsten kippen. Bei uns im Kantonsrat ist es schwieriger. Es kommen nur Sachen durch, bei denen eine bürgerliche Fraktion auch dafür ist. Ansonsten ist es aussichtslos. Du machst auch Vorstösse, um etwas zu thematisieren, aber ohne Aussicht auf Erfolg. Was ich noch wichtig finde, wenn ich auf diese zwei Jahre zurückblicke: Es ist sehr wichtig, sich nicht gleich vom Papierberg erdrücken zu lassen. Ich habe in den zwei Jahren gelernt, mit der Papierflut umzugehen. Es gibt Sachen, die ich nicht lese und bei denen ich mir dafür die Kommissionsmitglieder unserer Fraktion anhöre. Sonst würdest du nur noch für das Parlament arbeiten. Bis jetzt habe ich noch zuwenig herausgefunden, wie ich mit Motionen und Interpellationen agieren kann. Ich hoffe, dass ich das in der zweiten Legislaturhälfte besser machen kann.

Was ich auch noch wichtig finde, ist die Frage, wie ernst wir genommen werden. Wenn jemand von uns redet, wird zugehört. Aber zwischen dem Zuhören und der Bereitschaft, die eigene Meinung zu hinterfragen, besteht ein grosser Unterschied. Ich weiss nicht, ob es je vorgekommen ist, dass wir mit Voten noch etwas kippen konnten. Übers Ganze betrachtet, ist es für mich auch eine relativ frustrierende Arbeit.

Toni Kleimann: Wenn ich mir überlege, was an der ganzen Arbeit



erfreulich ist, dann ist es das Verhältnis innerhalb unserer Fraktion und die Voten aus unseren Reihen, die für mich eine hohe Qualität hatten und inhaltlich von der Fraktion getragen wurden. Ich bin auch von der Dialogbereitschaft von gewissen bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern – dies im Gegensatz zur blockierten Gesprächskultur in Steinhausen – positiv überrascht. Ausserhalb des eigentlichen Parlamentssaales – in Wandelhalle und Kommissionssitzung – lässt sich durchaus mit ihnen offen und sachbezogen diskutieren. Der grosse Frust war zwar für mich auch, dass sich meine Hoffnung, wir könnten nach den 90er Wahlen den Kantonsrat auf den Kopf stellen, angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse als nicht umsetzbar war. Wir bissen auf Granit. Dies wurde von Sitzung zu Sitzung zermürender. Wir hofften, wir könnten mit Argumenten diesen Granit etwas aufweichen, aber mit der Zeit mussten wir feststellen, dass dieser nicht zu bewegen ist. Im Rat wird nicht mehr für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier argumentiert, sondern es wird zum Fenster hinaus argumentiert, damit diese Positionen auch nach aussen sichtbar werden. Aber man bewegt nichts mehr im Rat. Wo eventuell noch etwas bewegt werden kann, ist in den Kommissionen. Das war eine wichtige und gute Erfahrung für mich.

Sybilla Schmid: Für mich bedeutete die parlamentarische Tätigkeit eine grosse Änderung in meinem politischen Engagement, weil ich gleichzeitig noch in die Staatswirtschaftskommission kam. Ich merke, dass ich nach wie vor sehr viele Sitzungen habe – das habe ich immer schon gehabt –, aber dass ich eigentlich fast nur noch Sitzungen im Rahmen meines Kantonsrats-Mandates habe und auch nur noch dort Verpflichtungen übernehmen kann. An



den Monatsversammlungen der SGA nehme ich zwar teil, aber ohne die Absicht, dort etwas zu bewirken. Für mich gab das eine gewisse Entfernung von der SGA. Denn vorher war ich ja im Vorstand, sogar Präsidentin, und heute mache ich intern praktisch nichts mehr und sehe auch keinen Weg, etwas zu machen. Ich entfernte mich auch von anderen Arbeiten, von Basisarbeiten, von der Frauenarbeit. Ich habe auch Kontakte zu Leuten, mit denen ich früher vorwiegend zusammengearbeitet habe, mehr oder weniger verloren. Diese wurden ersetzt durch die Kontakte mit bürgerlichen Parlamentariern und Parlamentarierinnen (sie lacht) und der Fraktion. Das hat für mich zur Folge, dass ich mich stärker identifiziere mit meiner Zugehörigkeit zur Alternativen Fraktion als mit der SGA oder mit der Ofra oder sonstigen Organisationen, bei denen ich Mitglied bin. Trotzdem gefällt es mir eigentlich immer noch gut. Ich sehe es zurzeit so, dass ich durchaus noch für eine zweite Legislaturperiode kandidieren werde, denn ich habe eben auch die anderen Erfahrungen mit der Basisarbeit gemacht. Dort gibt es auch Höhen und Tiefen. Von daher gibt es in der Politik immer Frusterlebnisse – egal, ob du Parlaments- oder Basisarbeit machst. Klar habe ich auch die Hoffnung, etwas bewirken zu können. Einen wirklichen Erfolg hatte ich bis jetzt noch nie – so etwas kenne ich gar nicht. Für mich war es total etwas Neues, als Arlene ihren Vorschlag mit dem verbilligten Buspass für Behinderte durchbrachte und als Monica mit dem Nachtbus einen Erfolg hatte. Das war für mich wie Weihnachten!

Arlene: Es war auch kurz vor Weihnachten...

Sybilla: So wie ich im Rat auftrete, ist das gar nicht möglich, da ich eher zu grundsätzlichen Sachen Stellung beziehe und weniger an



konkreten Projekten arbeite.

Andrew: Ich bekomme nun fast ein schlechtes Gefühl, dass ich das mit dem Frust gesagt habe, denn mein erster Vorstoss betraf die Not-schlafstelle. Und diese Motion wurde mit 30 zu 0 angenommen.

Sybilla: Und nun ist sie da. Das finde ich verrückt!

Andrew: Ich kenne die ganze Tradition des Zuger Gemeinderates, all die Frustrationen, die die SGA früher gehabt hat, nicht. In dieser Beziehung bin ich schon etwas verwöhnt.

Sybilla: Ein paar Sachen wurden schon erreicht. Und wenn Votes von uns ernst genommen werden, wenn sie von der Presse aufgenommen werden, dann haben wir auch etwas erreicht. Denn wir sind eine Minderheit, das ist eine Tatsache, und warum sind wir das? Weil uns die Leute zuwenig unterstützen. Wir können die Minderheits-Situation nur dann überwinden, wenn wir ausserhalb des Parlaments eine Wirkung erzielen können. Wenn wir das nur noch über das Parlament machen können, dann finde ich das schlimm. Ich habe ein wenig Angst vor dem Poch-Syndrom. Seinerzeit in Luzern wurden fast alle guten Poch-Leute gewählt. Und anschliessend waren sie nur noch mit der Parlaments-Arbeit beschäftigt.

Das darf nicht passieren. Wenn alle in der gleichen Situation wären wie ich, wäre das katastrophal. Aber ich merke, dass ich in Personalunion nicht alles ausüben kann, das muss ich schlussendlich auch akzeptieren. Wir müssen sehen, dass es gut ist, wenn wir verschieden sind und auf unterschiedlichen Ebenen handeln können. Das ist nicht nur negativ, und wir können nicht immer von allen alles erwarten.

Andrew: Das ist sicher ein grosser Unterschied vom Kantonsrat zum Gemeinderat. Dadurch, dass wir im Gemeinderat zusammen mit



der SP die grösste Fraktion bilden, haben wir bei den Abstimmungen und bei der Meinungsbildung natürlich ein anderes Gewicht. Wenn ich aber an die Stadtplanung denke, die in der Kommission einigermaßen akzeptabel diskutiert wurde, die aber im Gemeinderat von den Bürgerlichen mit einer ganz sturen Linie gebodigt wurde, von Leuten, die gegenüber den Kommissions-Sitzungen plötzlich ganz anders gestimmt haben, muss ich sagen, dass wir in solchen Fällen dann auch auf Granit beissen.

Arlene: Hast du das Gefühl, dass das mit dieser Verhärtung zu tun hat, dass das jetzt im Gemeinderat passiert? Mit der ganzen wirtschaftlichen Situation und dem grossen Wort «Deregulierung», dass sich jetzt die Bürgerlichen wieder mehr zusammenschliessen?

Andrew: Nein, das glaube ich eigentlich nicht. Ich habe eher den Eindruck, dass dies etwas mit der internen Parteiorganisation zu tun hat, dass sich einzelne Leute der Parteidoktrin unterordnen müssen. Der wesentliche Unterschied zwischen unserer Fraktion und den andern ist, dass bei uns alle so stimmen können, wie sie möchten. Es hat immer wieder Abstimmungen gegeben, bei denen einige dafür sind, andere dagegen. Das ist bei den Bürgerlichen, wenn es um wichtige Fragen geht, nicht möglich. Äusserst selten hat dann jemand gewagt, gegen die Parteimeinung zu stimmen.

Bulletin: Natürlich ist es seit den letzten Wahlen viel besser möglich, im Gemeinderat etwas durchzubringen. Viele Entscheide fallen recht knapp. Das finde ich eine interessante Entwicklung.

Aber mich erstaunt, dass ihr euch zum Teil doch ziemlich Hoffnungen gemacht habt, ihr könntet in diesem Parlament etwas bewirken – dass ihr mit guten Votes und guten Argumenten die Bürgerlichen von euren



Anliegen überzeugen könnt. Mitte der 80er Jahre wurde das Parlament von unseren Leuten hauptsächlich nur als Podium benützt, um quasi nach aussen wirken zu können. Meine Frage an euch: Habt ihr euch vor zwei Jahren nicht zuviel vorgenommen, habt ihr nicht zuviele Illusionen gehabt, die nicht erfüllt wurden und euch nun frustren?

Toni: Man kann das Naivität nennen. Aber diese Naivität habe ich nach einem Jahr verloren, und ich akzeptiere nun langsam, dass das Parlament für die Minderheit von Alternativen und SP eben ein Podium ist, das nach aussen Rechenschaft gibt. Oder ein Podium, wo wir den Bürgerlichen quasi das sozial-ökologische Gewissen vorhalten können, damit sie nicht einfach ihre Politik machen können. Zumindest müssen sie immer noch unsere Argumente anhören; allerdings besteht wenig Hoffnung, etwas bewirken zu können. Aber vielleicht hat dies eine Langzeitwirkung.

Als ich dann realisierte, dass wir im Rat wenig bewirken können, hat es mich wieder mehr zur Partei zurückgetrieben. Was du gesagt hast, Sybilla, dass du dich von deiner Gruppierung entfernt hast, zeigte sich bei mir anfänglich auch so. Dann wurde ich aber wieder aktiver in der Gemeinde. Dort kannst Du mit gewissem Aufwand doch sehr viel erreichen. Wir haben beispielsweise von der Frischen Brise aus eine Wohnbaugenossenschaft initiiert. Solche Tätigkeiten geben mir wieder den Drive.

Arlene: Es war natürlich auch eine gewisse Euphorie nach den letzten Wahlen. Wir haben überall zugelegt, Frauen sind neu gewählt worden, dann der Erfolg bei den Regierungsrats-Wahlen. Es waren ja ausser Madeleine Landolt alles Neue, die ins Parlament einzogen. Dadurch waren wenig konkrete Vorstellungen vorhanden, wie der Par-

laments-Betrieb so läuft. Diese Erfahrungen mussten wir zuerst machen. Natürlich kann ich mir sagen, dass wir ja nur ein Viertel sind und wir deshalb keine Chance haben. Aber für mich ist es trotzdem jedesmal eine Enttäuschung, wenn ich nach vorne gehe und für etwas rede und dabei nicht auf Resonanz stosse. Man muss lernen, damit umgehen zu können, und trotzdem versuchen, ab und zu etwas durchzubringen. Zum Teil ist es auch gut, Bürgerliche bei den Vorstössen miteinzubeziehen, damit sie eher durchkommen. Ich denke da an die Verbilligung des Busspasses, bei der einige Bürgerliche unterschrieben. Das hat dazu beigetragen, dass die Motion angenommen wurde.

Apropos Basisarbeit: Ich bin bewusst in der Gruppe Frauengesundheitszentrum und in der Ofra aktiv geblieben, wobei ich den Schwerpunkt beim Frauengesundheitszentrum setzte. Ich bin froh, dass ich das gemacht habe, weil das andere Erfahrungen sind und ich von den Kursen, die ich gebe, ein Feedback bekomme. Das ist ein Aufsteller. Das ist etwas Konkretes, und ich sehe, dass ich etwas bewege. Und dies ist im Parlament wirklich viel schwieriger.

Thomas Ehrensperger: Nach dem unerwarteten Erfolg hatte ich oft das Gefühl, dass wir ins Wasser geworfen wurden. Einerseits mussten wir das Kritische Forum Cham mit sämtlichen Strukturen aus dem Boden stampfen, andererseits mussten wir Leute für die Kommissionsarbeit bestellen und die neue Gemeinderätin unterstützen. Dazu kam, dass wir zuerst «das Eis brechen» mussten.

Wenn wir etwas konkret anpacken und das gut vorbereiten, haben wir eine relativ grosse Chance dass wir unser Anliegen durchbringen, sei es an der Gemeindeversammlung, via Gemeinde oder aufgrund einer Veranstaltung.

Sybilla: Was habt ihr schon erreicht?

Thomas: Einen Betrag von 200'000 Franken für Entwicklungshilfe im In- und Ausland. Dann die Badeanstalt im Hirsgarten, die erhalten bleibt. Die Unterschriftensammlung für preisgünstige Wohnungen in Rumentikon war die erste Unterschriftensammlung in Cham überhaupt. Einiges Aufsehen gab es, als wir an einer Gemeindeversammlung einen Antrag allen Anwesenden verteilten. Auch das war ein Novum.

Sybilla: Ich musste die Erfahrung machen, dass es recht schwierig ist, selber Themen einzubringen. Wir müssen versuchen, bei den Themen, die bereits da sind, uns möglichst gut einzubringen. Ich merke, dass wir vor allem reagieren. Etwas wie in Rumentikon ist auf gemeindlicher Ebene viel eher möglich. Themen machen, das fehlt mir ein wenig in der Parlamentsarbeit. Mit der neugegründeten PAFF (Politische Arbeitsgruppe für Frauen) versuchen wir, etwas Gegensteuer zu geben. Gerade die Frauenthemen, die kommen nicht automatisch; sie müssen von irgendjemandem eingebracht werden.

Thomas: Ist es nicht so, dass ihr vielfach erwartet, gerade beim ersten Anlauf Erfolg zu haben? Häufig kommt der Erfolg ja indirekt. Wir haben in Cham eine Armutsmotion gemacht. Sie wurde an der Gemeindeversammlung zwar abgelehnt, aber wir konnten den Gemeinderat immerhin dazu verpflichten, dass er in dieser Sache etwas unternimmt. Nun wird eine Kommission eingesetzt, die sich der Arbeitslosenproblematik annimmt. Dies ist ein indirekter Erfolg, obwohl wir am Anfang verloren haben. Und ich denke, bei euch ist das vielfach so. Ihr habt nicht gerade im ersten Anlauf Erfolg, aber es läuft dann trotzdem etwas ab.

Toni: Ein typisches Beispiel wä-

re das mit der Arbeitslosigkeit. Mein erstes Postulat wurde nicht einmal überwiesen, das zweite Postulat, das inhaltlich etwas modifiziert war, wurde dann überwiesen. Eine gewisse Ausdauer macht sich bezahlt. Das Problem der Arbeitslosigkeit wurde nun auch von der Regierung – wenn auch mit einer gewissen Verzögerung – erkannt. Es geht nun etwas in dieser Richtung. Gut, insofern haben wir eigentlich auf ein gesellschaftliches Problem reagiert und versucht, die Regierung auf Trab zu setzen. Das ist etwas, was nun gelungen ist.

Thomas: Das ist wahrscheinlich auch die Hauptaufgabe der Opposition, dass sie wie ein Katalysator wirkt, dass sie etwas in Gang bringt.

Toni: Für mich ist es sehr wichtig, dass man nach dem 90er Erfolg nicht einfach auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und den Regierungsrat alleine vertraut. Ganz wichtig finde ich, dass die Arbeit von der Basis her intensiver wäre, als sie eigentlich in den letzten zwei Jahren war. Den Erfolg 1990 haben wir in erster Linie durch die beiden Abstimmungen in der Stadt Zug bewirkt. (Andrew nickt zustimmend). Das waren Initiativen, das war Basisarbeit. Nun habe ich das Gefühl, dass von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern Meisterstücke erwartet werden. Und die Basis ist relativ ruhig. Hier müsste wieder viel mehr Druck kommen. Und auch kreative Ideen, in Form von Initiativen beispielsweise, oder in Form von Aktionen. Es muss wieder mehr von der Basis her mobilisiert werden. Das kann uns in der parlamentarischen Arbeit natürlich auch wieder stützen. Gerade nach den Wahlen, während der ersten Sitzungen, waren die Bürgerlichen noch verunsichert wegen unseres Wahlerfolgs. Damals spürte ich eine grössere Offenheit als heute, uns zuzuhören. Das Aufkommen der Rechtsparteien und die Rezession

brachten wieder eine Verhärtung. Am Anfang war eine grössere Offenheit vorhanden. Aber der wichtigste Punkt ist folgender: Die Basis muss wieder mobilisieren...

Bulletin: Stichwort Basis: In der SGA hat es neben den ParlamentarierInnen und Vorstandsmitgliedern eigentlich wenig Leute, die sich aktiv und regelmässig einmischen. Wir können uns abgesehen von diesen 20 Leuten auf wenige verlassen, vielleicht höchstens mal für eine Unterschriftensammlung. Wie können wir das beheben? Was habt ihr für Vorstellungen? Das ist ja nicht nur ein Problem der SGA... Die Situation stellt sich gesamtschweizerisch: In den letzten zwei, drei Jahren liessen sich wenig Leute durch linke und grüne Parteien für eine aktive politische Tätigkeit ansprechen. Wenn du heute in der Politik mitmachen willst, dann musst du einen relativ grossen Aufwand leisten, um überhaupt mithalten zu können. Dies ist selbst bei den grün-links-alternativen Gruppierungen der Fall. Toni, ich bin einverstanden mit deiner Aussage, dass wir die Basis vermehrt mobilisieren sollen. Es tönt auch gut, aber mir fehlt der konkrete Ansatz. Wo ist denn die Basis, wer soll sie aufbauen, und wie soll diese Basis Einfluss nehmen? Wir machen zwar immer wieder Appelle, «engagiert euch», aber diese Appelle sind vielfach in die Luft hinaus.

Arlene: Ich habe ein konkretes Beispiel. Und zwar mit der Gründung der IG AFF (Interessengemeinschaft autofreie Freiheit). Diese Idee entstand ja spontan bei einem Workshop als Reaktion auf die Gründung der Autopartei. Da staunte ich, wieviel positive Reaktionen ich von Leuten erhielt, die das gut finden. Viele sagten auch, dass sie ebenfalls mitmachen möchten, und zwar wirklich Leute, die ich sonst nicht an politischen Veranstaltungen sehe. Ich denke, es geht wirklich

darum, dass wir bei ganz konkreten Themen versuchen die Leute zu aktivieren. Wichtig sind auch gute Aktionen.

Andrew: Gerade die Sperrung vom Kolinplatz vor etwa zweieinhalb Jahren fand einen grossen Anklang. Und da machten sehr viele Leute mit, die nicht in der SGA waren, sondern die rein vom Thema her fanden, diese Aktion müsse man unterstützen. Solche Aktionen sind wichtig und packen die Leute gerade dort, wo sie eben sind. Von daher sehe ich schon Möglichkeiten für Basisarbeit.

Sybilla: Ich denke, es ist so eher wieder möglich, Leute zu mobilisieren. Leute mit der Perspektive, eine sozialistische Revolution machen zu wollen, wirst du nicht mehr finden. Diese Perspektive ist irgendwie verloren gegangen.

Toni: Aber was immer ein Thema bleiben wird, ist das Bemühen um eine gerechtere Welt, in der die Güter nicht mehr so ungleich verteilt sind. Hier und vor allem in der 3. Welt. Das Wort «sozialistisch» hat für mich nichts an Bedeutung verloren.

Thomas: Ich glaube auch, dass wir mit Leib und Seele niemanden mehr «einfangen» und sagen können, du musst dich jetzt dieser Partei verschreiben. Wir haben das im SGA-Vorstand schon vor ein paar Jahren diskutiert, wie wir die Basis wieder besser aktivieren können, wie wir Jugendliche einbeziehen können. Wir haben gesagt, konkrete Themen müssen wir angehen.

Ein anderer Aspekt, der eben die Kehrseite des Erfolgs ist, den wir in den Parlamenten und in den Exekutiven hatten, ist der, dass die Leute bequem werden und sagen: Schau, es geht ja viel einfacher, wenn du das gleich im Parlament machst, warum soll ich mir ein Bein ausreissen? Man muss die Leute irgendwie überzeugen können, dass nicht das Eine oh-

ne das Andere geht, dass es beides braucht, und dies ist wahrscheinlich die Schwierigkeit.

Andrew: Heute sind es ganz konkrete Probleme, z.B. ob ich in der Neugasse noch atmen kann. Es sind ganz andere Probleme, die im Vordergrund stehen.

Toni: Ich frage mich zwar, ob diese wirklich im Vordergrund stehen. Heute noch. Verglichen mit den 90er Wahlen hat sich eben auch bei den Themen etwas verändert. Damals sind wir mit umweltpolitischen Themen stark erschienen, mit dem Wohnproblem, mit der Luft. Das waren die Hauptthemen. Und wir hatten auch das Gefühl, dass die Bevölkerung von diesen Problemen stark betroffen war. Im Moment sind diese Probleme hinter der Rezession verschwunden. Mindestens werden diese Probleme in der Öffentlichkeit nicht mehr so intensiv wahrgenommen, obwohl sie natürlich nach wie vor vorhanden sind. Aber Rezession, Arbeitslosigkeit und Arbeitsplätze sind jetzt die Hauptthemen.

Thomas: Ein Riesenfrust liegt in der Luft. Angst ist das.

Sybilla: Es ist ganz klar, dass der Spielraum für alternative Politik kleiner geworden ist. Themen wie Emanzipation, Gleichberechtigung oder Ökologie treten jetzt einfach in den Hintergrund. Das sind jetzt alles sogenannte Luxusprobleme. Jetzt wird wieder viel schneller auf Franken und Rappen geschaut.

Andrew: Ich sehe das nicht ganz so! Probleme wie Umweltzerstörung sind heute aktueller denn je. Heute müssen sich auch bürgerliche Kreise mit diesen Problemen auseinandersetzen. Ich denke nicht, dass der Spielraum kleiner geworden ist, sondern dass Probleme, über die vor Jahren nur die Alternativen gesprochen haben, heute Allgemeingut geworden sind. Ich denke, dass das eines der Resultate ist, die von linker oder grüner Seite gekommen sind.

Sybilla: Gerade die Bürgerlichen, die damit angefangen haben, grüne Themen auch als wichtig zu betrachten, werden jetzt diese wieder fallen lassen. Davon bin ich überzeugt. Die werden mit dem Argument des Geldes damit aufhören. Denn du kannst nichts machen ohne Geld. Und nun heisst es wieder «auf die SpARBremse, der Staat hat auch kein Geld». Ich denke, dass es noch schwieriger wird, auf dem Gebiet des Umweltschutzes etwas zu erreichen.

Andrew: Mir ist noch ein Punkt, der mir wichtig erscheint, nicht ganz klar. Sybilla, du hast gesagt, dass bürgerliche Kreise aufgrund einer Finanznot all diejenigen Projekte, die notwendig und wichtig wären, wieder abklemmen würden. Nur sind wir im Kanton Zug in der relativ komfortablen Lage, dass der Staatshaushalt ein angenehmes Ergebnis aufweist. Wie erlebt ihr das im Kantonsrat? Ist es tatsächlich so, dass Projekte, die ökologisch sinnvoll sind oder eine Alternative aufzeigen wollen, wegen Geldnot abgeklemmt werden?

Toni: Das ist ja das Erstaunliche. Bei grossen Sachen wird geklotzt, bei

ganz kleinen Sachen wird kleinlich getan. Ein Beispiel ist das Nachttaxi von Monica Feuz. Wir konnten das noch in einer halben Ausführung retten, indem wir den Taxibetrieb auf Freitag- und Samstagnacht beschränkten. Gedacht war's ursprünglich für die ganze Woche. Da wird um 20 oder 30'000 Franken gefeilscht. Aber es werden Millionen für ein Gaswerkareal, es werden Hunderte Millionen für eine Umfahrung ausgegeben, und und und. Dort ist man grosszügig.

Nun hört man oft das Schlagwort, das Wünschbare vom Notwendigen zu unterscheiden. Und das Wünschbare sind die ökologischen Anliegen – ganz eindeutig. Und die können nach Meinung vieler Bürgerlicher fallengelassen werden.

Bulletin: Noch zur Betroffenheit, die nun ein paarmal von euch angesprochen worden ist. Ihr habt gesagt, dass es konkrete Sachen sein müssen, bei denen sich die Leute konkret engagieren wollen oder können, z.B. Verkehr. Aber es ist eigentlich eine Betroffenheit, die hauptsächlich im Lokalen wurzelt. Aber eigentlich sind die Probleme

immer globaler geworden.

Urs: Nicht Deregulierung prägt zurzeit das Handeln so stark, sondern dass diejenigen, die die Mehrheit haben, sagen, man müsse jetzt Führungswillen zeigen. Das war Twerenbolds grosses Votum an der Landammann-Feier: «Wir Bürgerlichen müssen jetzt zeigen, dass wir Verantwortung übernehmen». Am stärksten erlebte ich das natürlich bei der Frage der KVA Fänn. Dort habe ich beobachtet, dass innerhalb der Kommission und im Vorfeld der Kantonsratsdebatten die Opposition von verschiedenster Seite her ziemlich stark war. Es war in erster Linie eine Opposition gegen die Exekutive, gegen die staatliche Verwaltung. Und zwar bezüglich der Art und Weise, wie das Projekt vorgebracht wurde und wie die Leute überrumpelt wurden. Zum Teil gab das interessante Konstellationen. Ich bin jetzt völlig überrascht, wie stark das eingebrochen ist. Plötzlich kommt die Bereitschaft, den Hauptentscheid der Exekutive zu übergeben – weg von der Mitsprache der Bevölkerung. Der Kantonsrat würde der Verwaltung und der Exekutive eine Blankovollmacht erteilen. Da haben wir nun eine interessante Situation. Auf der einen Seite die SVP, die mehr Mitsprache der Bevölkerung fordert, und auf der andern Seite die etablierten bürgerlichen Parteien, die mehr Führungsverantwortung zeigen wollen: «Nicht mehr lange reden, sondern vorwärts machen». Dieses Spannungsfeld ist für uns interessant, darin müssen wir uns bewegen können.

Sybilla: Das gibt für uns das Problem, dass wir in diesem Sinne näher bei der SVP sind, nicht vom Inhalt her, aber vom Stil her. Wir wollen nicht, auch wenn Hanspeter Uster in der Regierung ist, dass die Regierung einfach alles alleine entscheidet und dass Parlament und Volk nichts mehr zu sagen haben.



Bulletin: Ist das wirklich unser Problem, ist das nicht vielmehr das Problem der SVP? Wir waren immer diejenigen, die möglichst viel Mitsprache der Leute und der Direktbetroffenen forderten. Oder sollen wir etwa jedesmal, wenn die SVP etwas fordert, das Gegenteil verlangen...

Sybilla: Die Bürgerlichen wollen uns jetzt mehr und mehr in die Rolle drängen, dass wir keine Alternativen hätten und nur verhindern und verzögern möchten. Das Etikett als Verhinderer und Verzögerer im Gegensatz zu den Bürgerlichen, die vorwärts machen und etwas zustande bringen wollen, stinkt mir.

Andrew: Einen Punkt finde ich schon noch wichtig: Der Widerspruch, dass wir ständig mit Gruppierungen im gleichen Boot sind, mit denen wir gar nicht wollen.

Urs: Ein anderer wichtiger Punkt ist die Professionalisierung der Politik. Wenn man mitarbeiten will, muss man die Regeln der Parlamentsarbeit kennen, das Lobbyieren, das Gespräch hinter den Kulissen vor wichtigen Entscheiden...

Andrew: Gerade hier wird die Kommissionsarbeit sehr wichtig. Und das Tragische ist, dass die Leute, mit denen man sich innerhalb der Kommission verständigen kann, im Rat plötzlich ihre Meinung ändern.

Urs: Eine Grunderfahrung, die andere und ich im Parlament machen, ist die Schwäche der Milizpolitikerinnen und -politiker gegenüber der Verwaltung. Das empfinden alle – auch die Bürgerlichen.

Bulletin: Mir fällt auf, dass ihr die Kommissionsarbeit recht positiv bewertet, obwohl diese sehr zeitintensiv und nach aussen wenig transparent ist. Ist das auch eine Chance für euch, und zwar in dem Sinne, dass die Bürgerlichen in den Kommissionen geschäfts- und kompromissbereiter sind? Andrew, du hast erwähnt, dass Leute im Rat plötzlich eine andere Meinung vertreten als in

der Kommissionssitzung. Kannst du mir ein Beispiel geben?

Andrew: Ein aktuelles Beispiel ist die Stadtplanung. In der Stadtplanungskommission haben sich die CVPler kaum geäußert und meistens Ja und Amen zu den FDP-Anträgen gesagt. Danach konnten wir Vorschläge für die erste Lesung im Parlament vorbringen. Die CVP machte nichts. Und plötzlich, für die erste Sitzung im Parlament zur Stadtplanung, kam die CVP mit einer Flut von 30 bis 40 Anträgen! Das ist erstens eine Desavouierung derjenigen Leute, die in einer Kommission sind, und zweitens Ausdruck einer politischen Kultur, die ich überhaupt nicht schätze.

Thomas: Offenbar wurden die CVP-Kommissionsmitglieder zurückgepfiffen...

Andrew: Oder die CVP meinte, die Kommissionsmitglieder seien zu wenig gut gewesen. Ganz konkret: Ein Paragraph der Bauordnung wurde in der Kommission einstimmig angenommen. Bei der Debatte im Parlament stimmten sämtliche bürgerlichen Kommissionsmitglieder anders als in der Kommission.

Toni: Der grosse Harst der Kommissionsarbeit ist aber anders: Die Resultate der Kommissionsarbeit widerspiegeln sich in etwa in der Parlamentsabstimmung. Das ist der Normalfall.

Andrew: In der Kommission für sozialen Wohnungsbau war aber dasselbe...

Toni: In den Kommissionen, in denen ich war, war mehr Offenheit und Sachbezogenheit vorhanden. Es ist eine Auslegeordnung und weniger das Parteipolitische, das im Rat sehr stark spürbar ist.

Bulletin: Noch eine letzte Frage: Welche Probleme stellen sich uns in der Zukunft? Z.B. die Themenvielfalt: Es gibt so viele Fragen, bei denen wir uns engagieren sollten, die wichtig wären. Früher hatte die Lin-

ke viel stärker ihre Schwerpunkte. Ich meine, wir sollten wieder versuchen, klare Schwerpunkte zu setzen.

Toni: Wir haben in der Frischen Brise Steinhausen verschiedene Ressorts. Wichtig ist, dass neue Leute die Möglichkeit haben, ins politische Geschehen hineinzuwachsen, dass wir sie nicht gleich überall einsetzen wollen. Denn Themen hätten wir ja genug...

Arlene: Das ist der Unterschied. Die Frische Brise hat Ressorts mit Schwerpunkten. Das ist ein Problem der SGA. Wir haben zwar Strukturen auf kantonaler und kommunaler Ebene, aber wir haben in diesem Sinne keine sachbezogenen Arbeitsgruppen. Eine positive Erfahrung waren die Workshops in der Stadt Zug. Dort kamen beim Thema Verkehr plötzlich neue Leute, die etwas machen wollten. Dann gibt es noch die Frauengruppe, die interessierten Frauen ein Mitmachen ermöglicht. Aber es ist schon ein Problem, was neue Leute konkret machen können.

Andrew: Es gibt in diesem Sinne für Eintretende auch nicht einen Ort, wo sie gleich mitmachen können, wo sie aufgefangen werden.

Urs: Ein Schwachpunkt bei uns ist, dass wir im Moment zu wenig versuchen, in die Breite zu wirken. Einer unserer Ansprüche war, mehr Transparenz über unsere Tätigkeiten zu schaffen. Ein Anspruch, es besser zu machen und «bessere Chefs» zu sein. Ob uns das bis jetzt gut gelungen ist, bezweifle ich. In gewisser Regelmässigkeit an die Öffentlichkeit zu treten, wäre sehr wichtig. Mich interessiert vor allem die Frage, wie wir die aktiven Leute bei der Stange halten. Wenn wir ständig davon reden, was wir alles auch noch machen sollten, ist das ein Ausweichen von der eigentlichen Fragestellung. Und die lautet: treten wir in zwei Jahren wieder an? Im Moment ist es für mich eine Frage des Konsolidierens. Gelingt es uns mit-



zuteilen, dass es sich gelohnt hat, uns zu unterstützen, weil wir uns wehren?

Noch etwas: In Rotkreuz haben wir mit Daniel Zülle einen Sitz im Gemeinderat. Er kann dort recht viel bewirken und eine starke Rolle spielen. Er ist unserer wichtigster Träger auf lokaler Ebene. Das hat den Nachteil, dass wir als Partei recht stark an die offizielle Politik der Gemeinde gebunden sind. Daniel Zülle hat sehr viele Aufgaben im Gemein-

derat übernommen und bestimmt dadurch recht viele Initiativen der Parteibasis.

Sybilla: Durch die Wahl von Hanspeter Uster in den Regierungsrat ist uns ein wesentlicher Faktor im Parteaufbau verlorengegangen. Wenn ich daran denke, was er alles initiiert hat und mit welcher Tiefe er das gemacht hat. Hier ist ein gewisses Vakuum entstanden, das weder seine Schuld noch unsere Schuld ist, sondern das situationsbedingt ist.

Bulletin: Ich bin erstaunt, dass du das sagst. Denn Hanspeter ist ja bei allen Fraktionssitzungen anwesend und deshalb eingebunden.

Sybilla: Das schon, aber das ist alles im Rahmen der Parlamentsarbeit.

Bulletin: Ist das Eingebunden sein in die offizielle Politik in Steinhäusern und Cham auch ein Problem, wie wir es zuvor am Beispiel von Rotkreuz gehört haben?

In der SGA ist durch den Sitzgewinn von Hanspeter Uster in der Exekutive kaum ein Druck entstanden, uns den offiziellen Strukturen anzupassen. Wir müssen Hanspeter Uster eine gewisse Autonomie zugestehen. Ich glaube, das ist der beste Weg. Und wir dürfen nicht das Gefühl haben, wir müssten jetzt unsere Politik auf seine Bedürfnisse ausrichten. Diesen Anspruch stellt er übrigens auch nicht an uns.

Thomas: Wir haben unsere Schwerpunkte in Cham schon so ausgerichtet, dass sie für unser Exekutivmitglied im Sozialamt eine gewisse unterstützende Wirkung haben. Es ist auch eine Möglichkeit, eine Politik zu unterstützen, die sonst eine schlechte Stellung innerhalb des Gemeinderats hat.



Bulletin: Ich danke euch für das Gespräch. □

Vielfältig und ökologisch wertvoll?

Aus einem Workshop der städtischen SGA im Januar 1993 entstand eine Dreiergruppe (Eva Barbara Uttinger, Dani Brunner, Christoph Gutmann), die das innerstädtische Grün einmal näher unter die Lupe nehmen wollte.



Seestrasse beim Restaurant Löwen mit lauter Lorbeer. Das offenbar ästhetisch begründete Verlangen nach Ordnung, nach einem «gartenarchitektonischen Konzept»? Jetzt besteht die Gefahr, dass mit der Neugestaltung des unteren Postplatzes dieses Konzept von der Hechtländli bis zum Regierungsgebäude weitergezogen werden «muss», weil sonst Investitionen vernichtet werden. Unser Vorschlag: Lorbeer ausdünnen und bei den zwei neuen Baumgruben vor dem Regierungsgebäude verwenden; dafür Ergänzungspflanzung in allen bisherigen Lorbeergruben (und beim Containerstandplatz südlich der alten Vollière) mit andern Stäuchern.

Merkpunkt: Nachdem das «gartenarchitektonische Lorbeer-Konzept» fast den ganzen Bereich zwischen Regierungsgebäude und Hechtländli erfasst, kommen bei der neuen Vollière an der Seestrasse gegen den See hin ohne Begründung (ausser, dass hier im Zuge des Landsgemeindeplatzbaus nichts verändert worden ist) verschiedene Sträucher zum Einsatz (offenbar zum Teil der Stadt geschenkte, hier nicht abgebildete).

Text: Brigitte Weiss
Fotos: Christoph Gutmann

Bei ihrem Gang durch die Innenstadt haben sie mehr negative Beispiele angetroffen als erwartet.

Auf einem zweiten Spaziergang wurden dann auch die städtische Grünplanerin Frau Pabst (auf ein Jahr befristete Anstellung) und Herr Strickler vom Werkhof miteinbezogen und über die Eindrücke der Dreiergruppe informiert.

In der Folge wurde eine ausgiebig illustrierte Doku-

GRÜN IM ÖFFENTLICHEN RAUM – EINE COLLAGE



Platz oberhalb Liebfrauenkapelle/Casino: Wir können uns nicht erinnern, unter der Linde je einmal erholungssuchende Menschen gesehen zu haben. Wer hat diese Bank ausgewählt und sich vorgestellt, jemand setze sich mit Blick zur Grabenstrasse hin?!

Wir würden die Sitzgelegenheit demontieren und die Baumscheibe begrünen (wegen des Schattens allenfalls mit Efeu). Und vor allem einen Veloabstellplatz vorsehen; denn die Kapazität beim Zugang zum Bad ist mehr als erschöpft (behindert z.T. die Zufahrt zur Casino-Bühne), während das Abstellen von Velos im Eck Zugerberg-/Hofstrasse weder durchsetzbar noch zumutbar ist.

mentation zusammengetragen (Fotos: Christoph Gutmann). Diese Studie wurde u.a. auch den Stadträten zugestellt mit der Bitte, bei der Grünplanung – auch im Zusammenhang mit Bauvorhaben – vermehrt ökologische Standpunkte zu berücksichtigen und entsprechende Konzepte zu erstellen.

Die Dokumentation gliedert sich in sechs Abschnitte, auf die wir nun kurz eingehen wollen:

1. Das nimmersatte Immergrün

Immergrüne Pflanzen – also auch im Winter – machen einen Grossteil der Bepflanzungen in der Zuger Innenstadt aus.

«Aber, muss es denn immer Grün sein, wenn dann fast nur Lorbeerbüsche und als Bodenbedecker Efeu oder Contoneaster zur Auswahl stehen?» fragen sich die AutorInnen.

Lorbeer z.B. bietet nur sehr wenigen Vögeln und Insekten eine Futtergrundlage. Würden die Lorbeerbepflanzungen mit anderen Sträu-

chern ergänzt, ergäbe dies ein vielfältigeres Grün, das neben der ästhetischen auch eine ökologische Funktion erfüllen würde.

Handlungsmöglichkeiten:

- ◆ Bewusstsein über den Nutzen der Vielfalt schärfen und das Ordnungsbedürfnis, dem eintönige Bepflanzungen entsprechen, «entschärfen»
- ◆ Generell auf Bepflanzungen mit ausschliesslich Immergrün verzichten, auch wenn es dadurch im Winter weniger grün ist
- ◆ Wildsträucher berücksichtigen
- ◆ Anstatt Zier- auch Obstbäume setzen
- ◆ Pionierflächen v.a. in Randgebieten zulassen, die Natur soll selbst «bepflanzen»

2. Kleine öffentliche Plätze

Was die Begrünung von öffentlichen Plätzen und Räumen betrifft – sei dies durch Töpfe oder Rabatten – kommen die AutorInnen zum Schluss, dass es nicht sinnvoll ist, «überall und um jeden Preis» mit oft unpassenden Töpfen und eintönig bepflanzten Rabatten grüne



Poststplatz/Apotheke Wyss: Irgendwann einmal, offenbar zum Verhindern des Autoabstellens, wurde dieses Immergrün installiert. In Tat und Wahrheit verhindert der enge Durchgang entlang der Fassade aber den FussgängerInnen eine angenehme Fortbewegung; praktisch alle Menschen gehen aussen durch. Dagegen haben Autos auf dem Trottoir Platz!

«Oasen» zu schaffen, die den öffentlichen Raum künstlich wieder einengen.

Handlungsmöglichkeiten:

- ◆ Auch kleine öffentliche Grünflächen als gestaltbaren Raum auffassen, ohne grosse Projekte daraus zu machen; entsprechende Beträge im Budget vorsehen (liegt in der Regel in der Kompetenz des Stadtrates)
- ◆ Priorität für Futterpflanzen und Vielfalt oder dann klar für (versiegelte) Platzflächen; aber keine Platzflächen, die des «schlechten Grüngewissens» wegen mit Töpfen überstellt werden
- ◆ Für die Gestaltung von grossen Plätzen Wettbewerbe veranstalten

3. Pflanztröge und Töpfe

Im Innenstadtbereich wurden nahezu 500 (!) Töpfe und Tröge gezählt, die meist sehr eintönig bepflanzt waren: Thuja, Koniferen, Buchs, Lorbeer, im Sommerhalbjahr ergänzt mit Blumen.



Vorstadt: Trotz der geringen Beetzbreite war es hier möglich, eine vielfältige Bepflanzung entstehen zu lassen, die im Winterhalbjahr fürs Auge trotz «fehlendem Grün» kein Problem ist und ab Frühjahr wunderbar blüht. Allenfalls könnte bewusster auf Futterpflanzen für Wildtiere geachtet werden.

Aktuelles Problem: Rabatte wird als Sperre gegen FussgängerInnen missbraucht: Aus zwei Fussgängerstreifen wurde plötzlich ein einziger. Noch immer ist offenbar, trotz mehrfach bestätigtem Leitbild, das Auto Nummer 1 der Prioritäten in der Stadt



Schmidgasse-Allee: Ein Baum ohne genügend Lebensraum (unterirdisch sogar konisch verjüngt!). Gerade auch hier gilt die Bemerkung in der Einleitung des Kapitels, wonach für die «schematisch eingezeichneten» Bäume frühzeitig konkrete Festlegungen getroffen werden müssen. – Die Bäume zur Bahnhofstrasse hin, sind so nah an der Nordfassade, dass sie schon im zarten Alter von dieser zurückweichen (hier leider nicht abgebildet)! Gerade weil erst kürzlich vollendet, ist dies eines der traurigsten Beispiele (es ist ja weiss Gott nicht das erste Neubaulprojekt seit zwanzig Jahren, das unsere Behörden zu begutachten hatten).

Auffallend: Die wenigen vielfältig bepflanzen Töpfe sind privat (z.B. Goldschmied Gut, Unter-Altstadt) oder wurden der Stadt von Privatpersonen geschenkt – aber auch fast alle privaten Töpfe sind eintönig immergrün.

Pflanztröge und Töpfe werden nicht nur aus dem Bedürfnis nach Grün und Blumenschmuck plaziert, sondern ebenso oft um Autos am Parkieren/Durchfahren zu hindern.

Dies geschieht nicht selten zu Lasten der FussgängerInnen, denen die Töpfe ebenfalls im Weg stehen.

Handlungsmöglichkeiten:

- ◆ Töpfe entfernen, wo sie nur wegen eines schlechten «Begrünungsgewissens» stehen
- ◆ Bauliche Varianten für Autosperren -oder bewusstes Zulassen von «wildem» Parkieren an gewissen Stellen
- ◆ Anstelle von Töpfen Pflanzenbeete anlegen, um dem Töpfe-Wirrwarr zu begegnen
- ◆ Wo Pflanztröge unumgänglich sind: vielfältiger d.h. ökologisch sinnvoll bepflanzen

GRÜN IM ÖFFENTLICHEN RAUM – EINE COLLAGE

- ◆ Ueberprüfen der Modellwahl für Pflanztröge; einen Teil der hässlichsten Exemplare entsorgen
- ◆ Animation von Privaten zu vielfältigen Bepflanzung ihrer Töpfe im öffentlichen Raum

4. Grün in Bebauungsplan- und Neubaugebieten, insbesondere Bäume

Bei der Gestaltung von privaten Grünflächen im Stadtzentrum scheint die Idee der «minimalen Unterhaltsbedürfnisse» entscheidend zu sein.

Eventuell führt der Entscheid des Grossen Gemeinderates, dass zukünftig eine vielfältigere Bepflanzung zwingend ist, hier zu positiven Veränderungen. Vielleicht geht sogar die Stadt mit einigen guten Beispielen voran und zeigt der Bevölkerung, dass eine scheinbare «Unordnung» bewussten ökologischen Zielen dient und nicht mit «Vernachlässigung» gleichzusetzen ist.

Grundsätzlich ist zu überlegen, ob in engen städtischen Verhältnissen Bäume überhaupt sinnvoll sind.

Handlungsmöglichkeiten:

- ◆ Merkblatt (Grösse von Baumscheiben und Humusgruben, geeignete Baumstandorte etc.), dessen Befolgung durch die Baupolizei routinemässig überprüft wird
- ◆ Generell vielfältige Bepflanzungen verlangen; auf Baumscheiben Wildsträucher fördern
- ◆ Bereits in den Bebauungsplänen genügend tiefe Baumgruben (Humus) und Abstände zwischen den Bäumen einberechnen
- ◆ In Wohngebieten und an ausgewählten Orten (z.B. Guggi) Obstbäume fördern

5. Rabatten entlang von Strassen

Auch bei vielen Rabatten herrscht immergrüne Eintönigkeit vor. Ausserdem werden sie oft als Sperren gegen FussgängerInnen missbraucht, die als schwächste VerkehrsteilnehmerInnen auf den kürzesten Weg angewiesen wären.

Handlungsmöglichkeiten:

- ◆ In Rabatten und unter Strassenbäume systematisch



Bahndamm Gotthardstrasse West: Eine riesige Betonfläche, die nur sehr mager begrünt wurde (Efeu, Wildreben). «Nachrüsten» erwünscht!

Wildpflanzen setzen

- ◆ Lorbeer, Koniferen etc. mittelfristig entfernen, Efeu zurückdrängen
- ◆ Einzelne isolierte Rabatten/Baumgruppen zusammenfassen und andernorts unterbrechen, um «FussgängerInnen-Sperren» aufzuheben

6. Bahnhof und SBB-Dämme

Der Bahnhof liegt zwar ausserhalb der städtischen «Hoheit». Dennoch drängt sich gemeindliche Initiative auf, um dem allgegenwärtigen Grau entlang Bahndämmen, Perronanlagen etc. beizukommen (die vorhandenen Töpfe sind bereits städtisch). Der geplante Bahnhofneubau sollte kein Grund fürs Nichtstun sein, es gibt auch einfache und günstige Möglichkeiten.

Handlungsmöglichkeiten:

- ◆ Abklären, was die SBB selber tun können, was sie der Stadt überlassen würde und wo ein klares Nein gilt

Infos

Die Dokumentation kann für Fr. 14. - bezogen werden bei: SGA Stadt Zug, Postach 25, 6301 Zug, oder direkt unter Tel. 32 13 43.

Deregulierung: Weder Zauberwort noch Tabu

Die Streichung der Bedürfnisklausel für Alkoholpatente im Gastgewerbegesetz wurde vom Kantonsrat im Grundsatz gutgeheissen. Im folgenden Artikel werden einige Überlegungen zum Thema «Deregulierung» und Gastgewerbegesetz weiterverfolgt.

Hanspeter Uster*

Als ich Ende Mai in einem Strassencafé sass, erschienen vier Strassenmusikanten und begannen ein kleines Konzert. Kaum erklangen die ersten Takte, fragte mich ein Gast, wie das denn mit der Bewilligung sei. Nicht die Qualität der Musik, auch nicht die Tatsache, dass solche Gruppen ein bisschen Ferienstimmung nach Zug bringen, nein, die Frage der Bewilligung war von Interesse: eine typisch schweizerische Eigenart oder die Tatsache, dass wir uns kaum mehr eine Tätigkeit ohne die entsprechende Bewilligung vorstellen können? Auf jeden Fall spielt sich die laufende Diskussion um Deregulierung nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der psychologischen Ebene ab.

«Gastgewerbegesetz im Umbruch»

An der Kantonsratssitzung vom 29. April 1993 wurde im Grundsatz die Streichung der Bedürfnisklausel für Alkoholpatente im Gastgewerbegesetz gutgeheissen. Ohne Opposition wurde die entsprechende Motion erheblich erklärt und der Regierungsrat beauftragt, das Gastgewerbegesetz zu revidieren. An der Kantonsratssitzung hiess es: «Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass sich – nicht nur in Bezug auf das Gastgewerbegesetz – immer wieder die Frage stellt, wann sich eine staatliche Regelung aufdrängt, und wann darauf

zu verzichten ist. Ja, es wäre wieder einmal grundsätzlich die Frage zu stellen, ob und weshalb wir überhaupt einen Staat brauchen. Vielleicht bietet uns die Totalrevision des Gastgewerbegesetzes Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.» Bevor das Kantonsratsprotokoll ausgefertigt worden war, erhielt ich von der Staatskanzlei einen Anruf mit der Frage, ob ich das tatsächlich gesagt hätte. Ja, tatsächlich waren das meine Worte, gleich wie ich am 3. November 1992 in Steinhausen dem Wirteverein das «Gastgewerbegesetz im Umbruch» dargestellt hatte.

Umverteilung der Güter

Primär schützt der Staat gegen Gewalt und die gewalttätige Durchsetzung von Eigeninteressen. Insbesondere in der amerikanischen Literatur zum Thema wird diese Rolle des Staates als minimal bezeichnet; Robert Nozick entwickelt in «Anarchie, Staat und Utopia» (1974) die These, der Staat lasse sich nur als Minimalstaat rechtfertigen. James M. Buchanan erweitert in «Die Grenzen der Freiheit» (1975) die Funktion des Staates über den Minimalstaat hinaus hin zum Leistungsstaat. In ihm einigen sich die Gesellschaftsmitglieder, welche weiteren öffentlichen Leistungen sie bereitstellen wollen, wie diese zu finanzieren sind und wem sie zugute kommen sollen, z.B. den sozial Schwachen, den Kranken, den alten Leuten oder der Umwelt. Je mehr die Unterstützung einzelner Teilbereiche der Allge-

meinheit dient, desto grösser ist in der Regel die Übereinstimmung der Gesellschaftsmitglieder, dass eine zusätzliche staatliche Leistung bereitgestellt wird. Schulen nützen nicht nur den Kindern und Eltern, sondern der Gesellschaft allgemein. Es ist somit bei jeder staatlichen Handlung oder Leistung zu prüfen, ob sie der unmittelbaren Gefahrenabwehr dient, ob sie der Allgemeinheit nützlich ist oder ob ein von der Allgemeinheit als wichtig eingestuftes Einzelinteresse geschützt wird. Gerade bei der Gleichstellung geht es um das Einzelinteresse einer bisher nicht gleichberechtigten Gruppe oder Person. John Rawls hat deshalb in «Eine Theorie der Gerechtigkeit» (1971) einen Anspruch auf ein umfangreiches Gesamtsystem gleicher Freiheiten definiert. Weil dennoch soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten bestehen, soll eine Umverteilung von Gütern immer dann zulässig sein, wenn sie «den am wenigsten Bevorzugten den grösstmöglichen Vorteil» bringt und wenn gleichzeitig Ämter und Positionen nach den Regeln der fairen Chancengleichheit jedem und jeder offenstehen.

Wie aber sieht es in der Praxis aus?

Wenn dies als graue Theorie erscheint, die für schlaue Bücher, aber nicht für unsere Realität und vor allem nicht für unsere politischen Fragen taugt; prüfen wir sie doch an konkreten Beispielen, denn angesichts der Deregulierungsforderungen

gen von FDP und CVP ist es gerade die Aufgabe von uns Grün-Alternativen, die Spreu vom Weizen zu trennen. Die Polizeistunde ist an sich ein Eingriff in den freien Markt. Denn grundsätzlich entscheidet der Markt, ob ein Bedürfnis nach längeren Öffnungszeiten besteht; dies ist nicht Aufgabe des Staates. Traditionell wird die Polizeistunde gerechtfertigt mit dem Lärmschutz und dem Schutz der Arbeitskräfte im Gastgewerbe. Die Lärmschutzvorschriften gelten unabhängig von der Polizeistunde; die Gemeinden sind auf jeden Fall verpflichtet, sie zu vollziehen. Der Schutz des Personals erfolgt durch die Gesamtarbeitsverträge. Diese sind im Gastgewerbe allgemeinverbindlich erklärt, so dass die Polizeistunde keinen zusätzlichen Schutz vor zu langen Arbeitszeiten bieten kann. Das ist auch der Unterschied zur Freigabe der Ladenöffnungszeiten. Zwar soll auch hier grundsätzlich der Markt entscheiden; doch dann wäre das gewerkschaftlich sehr schwach organisierte Personal im Verkaufsgewerbe ohne Schutz und den Forderungen der Arbeitgeber weitgehend ausgeliefert.

Überprüfung der bestehenden Vorschriften notwendig

Ein zweites Beispiel: Die kantonale Gastgewerbeverordnung schreibt vor, dass dem Personal besondere Toiletten und Garderoben zur Verfügung stehen müssen. Dies ist unabdingbar bei den Toiletten, insbesondere aus lebensmittelhygienischen Gründen (Salmonellen). Somit ist ein allgemein anerkanntes Interesse, nämlich der Schutz der Gesundheit, und damit auch eine Rechtfertigung für die entsprechende Vorschrift gegeben. Bei den separaten Garderoben handelt es sich hingegen um keine notwendige Vorschrift. Ebenfalls nicht zu rechtfertigen ist



Fällt die Bedürfnisklausel?

die zusätzliche Vorschrift, bei Gaststätten mit mehr als 50 Sitzplätzen, auch die Personaltoilette nach Geschlechtern zu trennen. Wenn dies bei 49 Sitzplätzen nicht nötig ist, ist nicht einzusehen, weshalb dies bei 51 Sitzplätzen vorgeschrieben werden soll. Dieses Beispiel zeigt, dass eine detaillierte Überprüfung der bestehenden Normen und Vorschriften notwendig ist. Es zeigt aber auch, dass es bei jeder Vorschrift genau abzuwägen gilt, ob sie einem allgemein anerkannten Gut dient; eine pauschale Beurteilung hingegen ist nicht möglich. Durch eine differenzierte Argumentation fordern wir aber auch diejenigen heraus, die mit der «Deregulierung» ganz andere Ziele verfolgen. Sie müssen dann nämlich offen legen, ob sie weiterhin soziale Sicherheit, Umweltschutz und Gleichberechtigung wollen oder ob sie mittels «Deregulierung» den Konsens über diese bisher anerkannten Allgemeingüter aufkündigen wollen. Gleichzeitig sind aber auch wir selber gefordert: Wir müssen «Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen», entwickeln, wie Wilhelm von Humboldt seine 1792

erschienene Schrift genannt hat. Auf diesen verschiedenen Ebenen muss es uns gelingen, dass die Deregulierungsdiskussion nicht mehr allein beherrscht wird von jenen, die mit samt den Vorschriften gleich auch Umweltschutz, arbeitsrechtliche Schutzvorschriften, soziale Leistungen zu Gunsten von schwächeren Gruppen und die Gleichstellung von Frau und Mann relativieren oder gar abschaffen wollen. Unser Ziel ist weiterhin ein anderes: gemeinsam eine wirklich solidarische Gesellschaft zu entwickeln. □

* Dieser Artikel erschien im «Hurlibus», der Zeitung der Frischen Brise Steinhausen.

Staub aufgewirbelt

Viel zu reden gegeben in der linken und grünen «Classe politique» (und vermutlich hinter den Türen auch bei den Bürgerlichen) hat Dani Brunners Artikel «Schweiss und Tränen». Obwohl Danis Aussagen und Thesen eigentlich in erster Linie an die linksalternativen Kräfte im Kanton gerichtet waren, kamen die heftigsten Reaktionen aus Kreisen der SP.

Weil wir uns im Bulletin ja eher als offenes Forum für die linksalternativen Kräfte verstehen denn als Parteiblatt, haben wir der Präsidentin der Zuger SP genügend Platz in dieser Nummer für eine Antwort auf diesen Artikel angeboten. Rosemarie Rossi hat vom Angebot leider keinen Gebrauch gemacht.

Aufsteller und Absteller, wie gehabt

Als Auf- und Absteller zugleich erwies sich die Auseinandersetzung um die KVA. Der Absteller: Der Kantonsrat gab der Baudirektion quasi einen Freipass zur Errichtung eines Rostofens im Fänn. Der Aufsteller: Das Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss ist klar zustande gekommen. Weitere Auf- und Absteller im folgenden Bericht.

Arlene Wytttenbach

«Der Staatsanwalt verkörpert gewissermassen den Staat». Ein Zitat von Sybilla Schmid (SGA), die in der März-Sitzung namens der Alternativen Fraktion beantragte, die Bestätigung der Wahl des Staatsanwalts-Stellvertreters und des ausserordentlichen Stellvertreters des Staatsanwaltes nicht vorzunehmen mit dem Auftrag ans Obergericht, das berufliche Umfeld der Kandidaten zu überprüfen. Dabei ging es ihr vor allem um die internationalen Verflechtungen der Kandidaten durch eigene Verwaltungsrats-Mandate oder Mandate ihrer Büropartner, welche die Frage nach ihrer Unabhängigkeit aufwarfen. Der Rückweisungsantrag wurde von der SP unterstützt, aber mit 58:14 Stimmen abgelehnt. Das Erstaunliche bei der nachfolgenden Bestätigungswahl war, dass der vorgeschlagene Staatsanwalt-Stellvertreter Martin Neese mit nur 44 Ja-Stimmen (bei einem absoluten Mehr von 37) gewählt wurde.

2. Lesung zur KVA Fänn

Zu Beginn der Debatte konnte es der Baudirektor Twerenbold nicht lassen, eine Attacke gegen den ZN-Journalisten Karl Etter, der in einem Artikel den befürchteten Kehrriechnotstand in Abrede gestellt hatte, zu reiten. Die Ratsvorsitzende musste schliesslich darauf hinweisen, dass es nicht üblich ist, bei der 2. Lesung

nochmals eine Eintretensdebatte zu führen...

In der nachfolgenden Diskussion vertrat Urs B. Wyss (CVP) verschiedene Anträge, die Monica Feuz (Frische Brise) für die Alternative Fraktion in ähnlicher Form bereits bei der 1. Lesung erfolglos eingebracht hatte, und die die staats- und rechtspolitischen Bedenken zum Ausdruck brachten. Sie wurden wiederum abgelehnt. Gegen den Willen der Regierung wurde jedoch der Antrag Rust/Schauvelberger gutgeheissen, womit nun der Kantonsrat den Bericht über die alternativen Verfahren zur Kenntnis zu nehmen hat. Der Verfahrensentscheid wird aber letztendlich von der KVA Fänn AG getroffen. Ebenfalls angenommen wurde leider ein Antrag von Richard Nigg (CVP), der die Zuger Regierung beauftragt, gegen den Industriegeleiseanschluss in die KVA Fänn hinzuwirken. Urs Hausherr (Gleis 3) wehrte sich vergeblich dagegen.

Auch der Antrag von Urs Kern (SGA), den Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung der Einwohnergemeinden an der KVA Fänn AG (in Gründung) der Volksabstimmung zu unterstellen, wurde verworfen. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 55:14 Stimmen angenommen.

Wahlversprechen eingelöst

In der April-Sitzung fand die 2. Lesung des Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetzes statt. Zwei An-

träge von Susi Frei (FdP) wurden gutgeheissen und bringen noch Verbesserungen im Gesetz. So werden die Kosten der Inkassostelle den Gemeinden anteilmässig verrechnet, die unterhaltspflichtige Person muss keine Gebühren zahlen (wie von der Regierung gefordert). Klar ist, dass die bevorschussten Unterhaltsbeiträge dem Schuldner in Rechnung gestellt werden! Im weiteren werden Unterhaltsbeiträge für Erwachsene bevorschusst, wenn sie Kinder im Alter von weniger als 18 Jahren haben. In der 1. Lesung war die Altersgrenze bei 16 Jahren festgelegt worden.

Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit einer Gegenstimme verabschiedet.

Das neue Gesetz wird am 1. Juli 1993 in Kraft treten und bringt nachhaltige Verbesserungen (siehe Kasten). Damit ist ein SGA-Wahlversprechen auf sehr gute Art eingelöst worden!

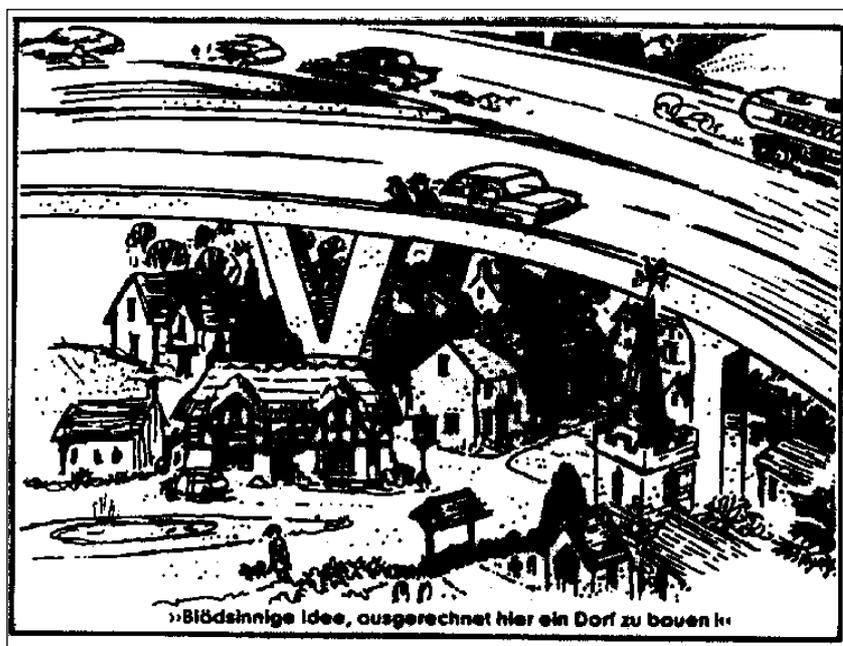
Motion zur Einführung des Majorz bei Wahlen in die Exekutive

Die Volksinitiative der CVP des Kantons Zug «Persönlichkeiten statt Parteien in der Exekutive» wurde wegen der fehlenden Rückzugsklausel stillschweigend als ungültig erklärt. Eine Motion von Urs B. Wyss (CVP) mit gleichem Inhalt wurde gleichzeitig überwiesen. Toni Kleimann (Frische Brise) zeigte sich nicht begeistert über die Motion, wartet aber mit Spannung auf die Antwort der Regierung, «da der

CVP-Vorstoss ja impliziere, dass die heutige Regierung offenbar nicht aus Persönlichkeiten zusammengesetzt sei...» Er forderte die Regierung auf zu prüfen, welchen Einfluss der Proporz bzw. Majorz auf die Wahl von Frauen haben könnte.

Keine «kreative Denkpause» für die Stadtumfahrung

Die Mai-Sitzung stand ganz im Zeichen der Debatte um die Stadtumfahrung. Toni Gügler (CVP) als Motionär hielt zwar eine gute und sinnige Rede, auch Monika Hutter (SP) und die Schreibende warnten vor dem Mammutprojekt und stellten den Mobilitätswahn in Frage, doch die Motion wurde mit 36:32 Stimmen nicht erheblich erklärt. Somit kann die Baudirektion an ihrem Projekt weiterarbeiten. Frühestens 1997 wird in einer Volksabstimmung über das heute schon mit 600-Millionen Franken veranschlagte Bauprojekt abgestimmt werden, das ca. im Jahre 2010 fertiggestellt wäre. Obwohl Baudirektor Twerenbold in seinem Votum zugab, dass mit dem Umfahrungsprojekt die Ver-



kehrsprobleme nicht gelöst werden, wandte er sich gegen jegliches Überprüfen von anderen Projekten, so auch gegen die im Grossen Gemeinderat eingereichte Motion mit dem Projekt «Chance 2002». Er bezeichnete die Studie als kalten Kaffee.

Für mich unverständlich ist, wie so Toni Gügler immer von einer

Mehrheit von BefürworterInnen seiner Motion ausgegangen war. Die FDP-Fraktion war fast geschlossen gegen das Anliegen und die CVP-Fraktion mehrheitlich auch.

Im gleichen Traktandum wurde auch die Motion von Xaver Moos (CVP) über die unterirdische Erstellung des Knotens Lüssi bei der Ost-West-Umfahrung behandelt. Sie wurde erheblich erklärt und gleichzeitig ein Projektierungskredit von 250'000 Fr. bewilligt.

Die Motion der SP-Fraktion betreffend einer Studie zur Reduzierung des Individualverkehrs im Kanton Zug wurde leider nicht erheblich erklärt. Damit ist eine Chance vertan, neue Ideen und Möglichkeiten zur Reduzierung des Pendlerverkehrs zusammenzutragen. □

Inkassohilfegesetz

Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen:

Das Gesetz bringt ganz klare Verbesserungen für Unterhaltsberechtigten, deren Beiträge nicht oder nicht regelmässig bezahlt werden. Es verhindert, dass unterhaltsberechtigte Kinder und Alleinerziehende zu Fürsorgefällen werden.

Die wichtigsten Neuerungen:

- ◆ Die Unterhaltsbeiträge werden so lange bevorschusst, wie sie laut dem Unterhaltsvertrag geschuldet sind.
- ◆ Neben den Unterhaltsbeiträgen für Kinder werden neu auch Unterhaltsbeiträge für Erwachsene mit Kindern unter 18 Jahren bevorschusst.
- ◆ Die Maximalbeträge der Bevorschussung von Kinderalimen-ten wurden heraufgesetzt und werden periodisch der Teuerung angepasst.
- ◆ Die Unterhaltsbeiträge für Erwachsene sind ebenfalls nach oben begrenzt und werden periodisch der Teuerung angepasst.

Knackpunkte der Stadtplanung

Weil neben der Stadtplanung bis zum Redaktionsschluss im Grossen Gemeinderat wenig Aufregendes passiert ist, konzentrieren wir uns in dieser Nummer auf eine Zusammenfassung der Resultate der Stadtplanung.

Andrew Bos

Die 1. Lesung der Stadtplanung ist zu Ende. Erfreulich ist das Resultat bei weitem nicht. Was insbesondere von den Fraktionen der CVP und FDP vertreten wurde, grenzt an Machtpolitik. Diskussionsverweigerung und knallharte Interessenpolitik waren für sie wichtiger als soziale und ökologische Überlegungen.

Von den wenigen Rosinen, die unter positive Planung subsumiert werden können, seien erwähnt: Die Gimmen wird als ganzes in eine Landwirtschaftszone umgewandelt. Die Familiengärten im Göbli und im Herti bleiben erhalten. Die meisten Quartiere werden als zu verkehrsberuhigende Gebiete ausgeschieden. Das Gebiet bei der alten Kläranlage soll als Wohnzone W4 gelten und der Streifen zwischen der Bahnlinie und der L&G (zwischen Gubel- und Feldstrasse) wird einer Spezialzone zugeordnet, in der alle Nutzungen – auch Wohnen – möglich bzw. nötig sind.

Doch diese positiven Punkte geben noch keinen Anlass zur Euphorie. Im Gegenteil. In der Folge sollen einige wichtige – nicht alle – Knackpunkte der Stadtplanung aufgelistet werden, um zu demonstrieren, dass eine solche Stadtplanung nicht akzeptiert werden kann.

Das jetzige Grüngelände soll der Überbauung geopfert werden, und dies erst noch mit einer erhöhten Ausnutzung. Waren bis anhin in der Einfamilienhauszone E 1 1/2 an-

derthalb Geschosse möglich, so werden es in Zukunft in der Wohnzone W 1 bei einer Arealbebauung maximal 2 1/2 Geschosse sein. Die Ausnutzung wurde damit von 0,25 auf 0,4 erhöht (Erhöhung heisst nichts anderes, als dass auf gleicher Grundfläche mehr Bauvolumen realisiert werden kann). Was das für dieses empfindliche Gebiet bedeuten kann, wird schnell deutlich.

Verlust von Naherholungsgebieten?

Ein Teil eines wichtigen Naherholungsgebietes geht verloren. Die Schönheit von Spaziergängen wird durch eine Überbauung beeinträchtigt. Zudem wird mit der neuen Zonierung ein Entscheid aus den 70er Jahren umgestossen. Seinerzeit war man sich einig, das St. Verena-Plateau durch unterhalb liegende Bauten nicht zu beeinträchtigen. Dies wurde damit erreicht, dass maximal anderthalb Geschosse gebaut werden konnten. Um das Plateau in seiner Erscheinung zu erhalten, wurde die Zonenabgrenzung entsprechend vorgenommen. Mit der neuen Einteilung in eine Wohnzone W 1 dürfte das Plateau als ganzes durch emporschliessende Bauten viel von seiner Eigenart verlieren. Fachlich lässt sich die Einzonung nicht begründen. Einzig wirtschaftliche Überlegungen sind ausschlaggebend.

In einem zweiten Rechtsgutachten betreffend Entschädigungsfragen, welches vom GGR am 30. März 1993 beschlossen wurde und für das ein Rahmenkredit von 100'000

Franken zur Verfügung steht, soll unter anderem auch das Gebiet Waldhof untersucht werden.

Freihaltung des Seeufers

Was im Leitbild 89 noch Ziel war – «Die öffentlich zugänglichen Teile des Seeufers sind zu arrondieren und mit Fusswegen entlang dem See miteinander zu verbinden» – und in der Kommission zur Stadtplanung Unterstützung fand, wurde während der 1. Lesung einfach über den Haufen geworfen. Die Freihaltung des Seeufers vom neuen Lorzenlauf bis zum Strandbad vor dem Chamer Fussweg wurde nämlich abgelehnt. Der Öffentlichkeit soll einer der letzten Teile für ein durchgehendes freies Seeufer vorenthalten werden. Politische Rücksichten, Angst vor dem heissen Eisen und finanzielle Konsequenzen führten zu diesem Entscheid. Die Einteilung in eine Wohnzone W1 ist zudem ein Widerspruch zum geltenden Raumplanungsgesetz, das besagt, dass solche Gebiete grundsätzlich nicht überbaut werden sollten. Bei unsensibler Bauweise und maximaler Ausnutzung (Arealüberbauung) ist eine Verschandelung des Seeufers möglich.

Landis & Gyr-Areal

Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, Auslagerung der Produktion, Umstrukturierung im Industriesektor und eine ungewisse Zukunft der Landis & Gyr lassen das Gebiet der L&G zu einem besonders

delikaten Planungspunkt werden. Die Entwicklung hat im industriellen Sektor an bester Lage bereits einige Leerräume entstehen lassen, die neu genutzt werden wollen. Eine vollständige Öffnung für Dienstleistungen, wie es nun aus der Mitte des GGR propagiert wird, ist Ausdruck des Denkens der achtziger Jahre, dessen Auswirkungen beispielsweise in den Docklands (London) zu besichtigen sind. Diese Sichtweise berücksichtigt nicht, dass mit der Aufrechterhaltung der Entmischung der Funktionen neue Pendlerströme entstehen und die Stadt an urbaner Lebensqualität verliert. Damit verliert die Stadt schliesslich Einwohner und finanzielle Mittel. Ökonomisch gesehen besteht damit die Gefahr, dass die Umwandlung von Industriezentren in reine Dienstleistungszentren ein Verlustgeschäft wird. Es gilt die unternehmerischen und konjunkturellen Entwicklungen zu berücksichtigen, was nichts anderes heisst, als dass von einer auf ein langfristiges Ziel fixierten, hierarchischen Planung Abstand genommen werden muss, wie dies M. Saxer in einem Artikel der NZZ vom 30.4.93 forderte. Ein schrittweises Vorgehen, welches in Abstimmung von Unternehmen mit Behörden und Bevölkerung erfolgt, lässt eine Umnutzung möglich werden, die prozesshaft auf neue Gegebenheiten Rücksicht nimmt. Städtebauliche Visionen und Planung bzw. Realisierung einzelner Objekte müssen sich dabei durchaus nicht konkurrenzieren.

Planung, die den Namen nicht verdient

CVP und FDP haben es anlässlich der Rückkommensanträge nicht für nötig gehalten, überhaupt darüber zu diskutieren. Unserer Antrag, der einen Kompromissvorschlag darstellte – eine Öffnung für fremde Dienstleistungen soll grundsätzlich



Eine vollständige Öffnung des Landis & Gyr-Areals für Dienstleistungen gefährdet Arbeitsplätze im industriellen Sektor.

■ Bild Reto Hunziker

zugelassen werden; das Gebiet wird jedoch der Bebauungspflicht unterstellt – wurde nicht einmal diskutiert. Vorangegangen waren unsererseits Diskussionen mit Vertretern der direkt betroffenen Belegschaft (Schweiz. Kaderorganisation SKO, Angestelltenvereinigung, Schweiz. Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband SMUV). Unser Antrag hätte eine breite Diskussion mit allen Beteiligten erlaubt und wäre auch der Komplexität der Materie gerechter geworden. Wie in anderen Städten, die mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpfen (Winterthur: Sulzergebiet, Baden: ABB-Gebiet, Zürich: Escher-Wyss und ABB Oerlikon) hätte hier die Chance bestanden, exemplarisch eine Planung durchzuexerzieren, die den Namen auch verdient. Baden hat in einer Planungsorganisation in jahrelangem Ringen Nutzungszonen definiert und einen Wohnanteil von 25 % ausgehandelt. In Zug reicht ein kurzes Andiskutieren, um dann zu einer Lösung zu kommen, welche ein absolutes Wohnverbot vorsieht. Ein angesichts der Schwierigkeit der

Materie schon beinahe fahrlässiges Vorgehen.

Zone «experimentelles Bauen»

Keine Gnade beim GGR fand auch die Einzelinitiative von Marco Kunz für eine Zone «experimentelles Bauen». Zwar wird bei der Stadtplanung viel von Deregulierung gesprochen, doch wenn es gilt, diese exemplarisch in einer speziellen Zone zu verwirklichen, scheinen alle Ängste vor dem «Chaos» neu aufzuleben. Experimente sind nicht gefragt.

Erhöhung der Ausnutzungsziffer ohne flankierende Massnahmen

Mit der Erhöhung der Ausnutzungsziffer werden den Grundeigentümern Geschenke gemacht. Sie können mehr und grössere Bauten realisieren, was zu mehr Einnahmen führt. Positiv zu vermerken ist, dass damit Boden gespart werden kann und eine bessere Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr möglich wird. Andererseits wird damit ein Mehrbedarf an Infrastruktur



Das Verdichten in bereits überbauten Gebieten macht den Abbruch der bestehenden Bausubstanz attraktiver, falls nicht klare Auflagen an die GrundeigentümerInnen gemacht werden. ■ Bild Reto Hunziker

und Schulen geschaffen, und eine grössere Belastung der Strassen ist die logische Folge. Diesen Umstand gilt es zu berücksichtigen, zumal die Frage nach Entschädigung sehr schnell gestellt wird, wenn Umzönungen vorgenommen werden, die dem Landeigentümer Nachteile bringen. Andere Gemeinden wie Kerzers und Ostermundigen kennen bereits eine entsprechende Regelung bei Planungsgewinnen.

Unser Vorschlag einer Mehrwertteilung, der sich an das eidgenössische Raumplanungsgesetz anlehnt, sah vor, dass die gegenüber den Vorschriften der Einzelbauweise erhöhte Ausnützung in Arealbebauungen unter der Voraussetzung gewährt wird, dass in Kernzonen sowie in der Wohn- und Gewerbezone WG5 50% der Mehrausnützung, in den übrigen Zonen 40% der Mehrausnützung in Form von Landanteilen oder einer entsprechenden finanziellen Abgeltung an die Einwohnergemeinde abgetreten wird. Dies hätte der Stadt erlaubt, neben einer finanziellen Beteiligung an den zu erwartenden Kosten, ein

Instrument zur gemeindlichen Landbeschaffung in die Hände zu bekommen. Unsere Motion für eine Mehrwertteilung wurde jedoch mit 20:13 Stimmen abgelehnt.

Wohnanteile bei grösseren Umbauten

Der GGR hat mit 20:17 Stimmen beschlossen, dass bei grösseren Umbauten der Wohnanteil gemäss der Volksinitiative nicht zu berücksichtigen ist. Dies ist eine klare Untergrabung des Volkswillens. Der entsprechende Absatz des Paragraphen 25 der Bauordnung wurde ersatzlos aus der Bauordnung gestrichen. Dies kann so nicht akzeptiert werden.

Mindestgewerbe- und Wohnanteil bei GW 12 und G20

Erhöhung der Ausnützung kann auch bedeuten, dass es lukrativ wird, Häuser abzubrechen und einen Neubau zu erstellen. Die teilweise extreme Erhöhung der Ausnützung – in Arealbebauung bis 60% – fördert diese Gefahr. Wie diesem Umstand begegnet werden soll, ist

unklar. Nebenbei: Entsprechende Verkaufsinserate sind bereits im Amtsblatt zu finden.

Die Regelung, wie sie nach der 1. Lesung beschlossen wurde, kann nicht anders als wohnfeindlich bezeichnet werden. Unser Vorschlag, Nutzungsvorschriften für die beiden Zonen in die Bauordnung aufzunehmen, wurde abgelehnt. Die Idee, in beiden Zonen den Gewerbe- und Wohnanteil prozentual festzulegen, gründete auf der Überlegung, dass ein Schutz des Gewerbes notwendig ist und eine dosierte Durchmischung (Arbeiten und Wohnen) Sinn macht. Mit der Ablehnung werden in der Zone G20 reine Bürobauten möglich und in der Zone GW12 wird der rein freiwillige Wohnanteil von 30% kaum dazu führen, dass Wohnungen entstehen. Insbesondere für das Gebiet «äussere Lorzenallmend», welches teilweise Raum mit hoher Wohnqualität aufweist, ist dieser Entscheid unverständlich. Vom Stadtbauamt wird dort ein Wohnanteil von 3-5% erwartet. Zu guter Letzt widerspricht diese Regelung der Wohnanteilinitiative, welche für beide Zonen einen Mindestwohnanteil von 66% der Nicht-Gewerbefläche vorsah.

Schleifenareal

Mit der vorgesehenen Zonierung des Schleifenareals in eine Wohn- und Gewerbezone WG5 würden fünfgeschossige Bauten in einem Gebiet möglich, das langfristig als Siedlungsrand gilt. Cityähnliche Überbauungen können neben der anschliessenden Landwirtschaftszone entstehen. Ob eine solche Dichte noch hohe Wohnqualität aufweisen wird, darf bezweifelt werden. Stadtrat und BPK-Präsident sahen diese Schwierigkeit und plädierten für eine WG4, welche allenfalls mittels Bebauungsplan eine höhere Ausnützung zuliesse. Die Mehrheit des GGR

(19:12) liess sich nicht überzeugen und wählte die schlechtere Lösung. Anlässlich des Rückkommens auf diesen Beschluss verweigerte die Mehrheit überhaupt eine Diskussion und beschloss Nichteintreten.

Teilrichtpläne – insbesondere Verkehr

Unerschütterlich wird am Szenario «Stadttunnel/Gutschrank» festgehalten, ohne dass Alternativen (Kurzunnel, ohne Tunnel) mitaufgenommen wurden. Ferner fehlen diverse Veloverbindungen (z.B. Bahnhof von West nach Ost, trotz Vorgabe des kant. Richtplanes).

Die Teilrichtpläne werden dem GGR nur zur Kenntnis gebracht. Ein Kompromissvorschlag, wenigstens den TRP Verkehr durch den GGR zu genehmigen, scheiterte.

Bewilligungspflicht

Für die Wohnqualität von besonderer Bedeutung ist, dass in der neuen Bauordnung die Spielplatzflächen gegenüber der jetzigen Regelung reduziert werden. Für Familien

mit Kindern ein schönes «Geschenk».

Auch dass grössere Bäume einer Bewilligungspflicht für eine Fällung unterliegen sollen, wurde abgelehnt. Die Stadt selbst hat sich in letzter Zeit verschiedentlich als negatives Vorbild gezeigt (Pappelallee bei der Berufsschule: Sie waren Bestandteil des Inventars der schützenswerten Naturobjekte. Baumfällaktion bei Schulpavillon Oberwil). Ästhetische und stadtklimatische Gründe sprächen für eine Bewilligungspflicht. □

Schlecht aufgepasst!

Im letzten GGR-Bericht haben die AutorInnen falsche Lorbeeren verteilt: Der – einstimmig angenommene – Antrag zum Verzicht auf die Sitzungsgelder zugunsten der Winterhilfe für Ex-Jugoslawien kam von den Bunten, nicht wie irrtümlich geschrieben von der CVP! Wir entschuldigen uns. Cs/St

SGA Stadt Zug

SekretärIn gesucht! (10–15%)

Die neugeschaffene Sekretariatsstelle soll den Vorstand in administrativen Belangen entlasten und politische Aktivitäten mitorganisieren. Als erste/r Amtsinhaber/in hast Du viele Gestaltungsmöglichkeiten! Wichtig ist Freude am Politisieren, keine Angst vor Kopierer und PC. SGA-Mitglieder mit Wohnort Zug werden bevorzugt (nicht Bedingung). Wenn Du einen PC hast, könntest Du zuhause arbeiten; sonst steht Dir ein Arbeitsplatz im Büro Gegenwind (Ibelweg 18) zur Verfügung.

Schriftliche Bewerbungen an SGA, Postfach 25, 6301 Zug. Weitere Informationen bei Dani Brunner (P: 22 19 59, G: 32 13 43) oder Madeleine Landolt (P: 42 12 46; G: 32 66 88).



MACHEN SIE MIT!



- Ich möchte mehr über die **SGA** wissen
- Ich möchte das **SGA-Bulletin** für 20.–/Jahr abonnieren (4x jährlich)
- Ich trete dem **Förderverein** pro SGA-Bulletin bei (Mindestbeitrag: Fr. 100.–)
- Ich möchte **den SGA-Versand** regelmässig erhalten (ca. 4xjährlich)
- Ich möchte das **SGA-Infoblatt** für Fr. 10.– pro Jahr abonnieren (monatlich)
- Ich möchte **SGA-Mitglied** werden
Mitgliederbeitrag: Fr. 30.– für Nichtverdienende, Fr. 100.– für Einkommen bis Fr. 2000.–, Fr. 75.– für jede weiteren Fr. 1000.– Monatseinkommen).

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ Ort: _____ Tel. _____

Mitteilungen: _____

Einsenden an: **Sozialistisch-Grüne Alternative SGA**
Postfach 2041, 6302 Zug. Tel. 042/22 13 15. PC-Konto 60–13553–1.

ist frau nun flau oder besonders schlau?

Anlässlich der April-Sitzung der SGA- und zugewandten Frauen brachten wir das Bären-Sääli fast zum Bersten. Im Mai füllten wir dann das aus freudiger Zuversicht reservierte Konferenzzimmer im Casino kaum zu einem Drittel, und im Juni brösmelten wir uns, wiederum im Bären, noch zu dritt zusammen. Dafür gibt es allerdings mehr Gründe als weibliche Sommerfläue, nämlich Sitzungsclash mit PAFF u.a., Nichterscheinen in Bulletin- und Infoblatt-Agenden und eine zu spät versandte Einladung.

Weshalb wir uns trotz allem nicht frusten lassen: Unser Aktivitätenpapier oder Fahrplan ist das Resultat schlauer Köpfe und kann sich sehen und verwirklichen lassen. Mittels intensiven Brainstormings hatten wir die Themenbereiche Verwaltung (Stadt/Kanton), Schule/Bildung/ Freizeit, Soziales, Wohnungsbau/Verkehr, Gesellschaft, Frau und Gewalt/Sexismus/Ausbeutung, SGA-Frauen und Wahlen auf frauenfreundliche Projekte und die verschiedenen Wege zu ihrer Durchsetzung hin katalogisiert. In den Sitzungen brachten die Frauen ihre Vorschläge ein – z.B. die Idee eines «weiblichen Stadtrundganges» – und klärten mittels Umfragen beispielsweise das Bedürfnis von Oberstufenschülerinnen nach Mädchentreffs ab. Gut läuft auch die Koordination mit den alternativen Parlamentarierinnen und ihren frauenspezifischen Vorstössen und den Fachfrauen für Gleichstellung, Dana Zumr, und Berufsbildung, Claudia Fugazza. Mit Hilfe von Claudia Fugazza wollen wir die Resultate der Fortbildungsoffensiven für Frauen in «Männer»berufen (und umgekehrt) unter die Lupe nehmen. Weil's an diesem Punkt zuweilen schon zu spät ist für echte Chancen-

gleichheit, steht eine Überprüfung auch der zugerischen Schulbücher und Unterrichtsinhalte auf ihr Rollenverständnis an. Sprache schafft Welt – weibliche Sprache schafft weibliche Welt: die diesbezügliche Motion von Madeleine Landolt für weiblich formulierte Gesetze schickte der Kantonsrat vor zwei Jahren noch bachab. Nun überholen uns die Wädenswilerinnen links-violett und schaffen die erste durchgängig feminisierte Gemeindeordnung! Verführt das zur Nachahmung und Wiederholungstat...?

A propos Zuger Frauenkultur: Wenn alle anderen Szenen, ob linksgrün, yuppie-rot oder multikulti – Hauptsache gemischt, noch besser männerdominiert – schon längst ihre Bars, Treffpunkte, Konzerte, Ausstellungen haben, dann stehen die Frauen mit ihren Wünschen nach frauendominierten oder ausschliesslichen Frauen-Beizen, dito, dito, dito immer noch in der Warteschlange. Abhilfe würde hier starkes Lobbying in erster Linie von Frauen für Frauen schaffen, aber auch von Behörden (Räume für Beiz und Disco) und den Parteigenossen. Die Frauenbar vom 14. Juni im Kunsthhaus war auch dieses Jahr wieder ein Erfolg; frau soll doch aber bitte nicht nur an den uns mittlerweile von Staat und Mann erlaubten oder zumindest geduldeten Daten (8. März und 14. Juni) kultouren. Da sind sonst noch 363 mögliche violette Festtage im Jahr! Wie wäre es mit einem Frauenkultur-Förderverein, um finanziell und organisatorisch unabhängiger zu werden?

Zum Schluss der obligate Appell: Viele von Euch erhalten das Aktivitätenpapier in seiner dritten Fassung noch vor den Sommerferien. Die anderen können's bei Anita Stadler (Sekretariat) bestellen. Es ist

zum Studieren und Mitarbeiten gedacht. Euer Feedback nehmen wir auch in den Ferien gerne entgegen (Kontakt: Madeleine Landolt, Tel.: 42 12 46). Im Herbst wollen wir via Workshop und Broschüre (Schreibfreudige melden sich doch bei Brigitte Landolt, Tel.: 41 27 68) an ein breiteres Publikum gelangen. Für alles weitere, siehe Agenda.

■ *Gisela Hürlimann*

Rücktritt

Mehr als fünf Jahre hat sie das SGA-Bulletin mitgeprägt, nun tritt Susanne Giger wegen zeitlicher Überlastung aus der Redaktion zurück. Selber geschrieben hat sie nur sehr selten, aber ihr Gespür für die richtige inhaltliche Mischung und die kritische Distanz bei der regelmässigen internen Heft-Kritik haben ihrer Meinung einiges Gewicht gegeben und das Bulletin mitgeprägt. Sie hinterlässt keine einfach zu füllende Lücke.

Umso mehr möchten wir uns bei Susanne für ihre Arbeit bedanken und wünschen ihr für die Arbeit im Vorstand des Schweizerischen Buchhandels-Vereins alles Gute.

■ *Die Redaktion*

Wanderungen Alpeninitiative

- ◆ Montag, 26. Juli bis Sonntag, 1. August: Säumertrass von Brig auf die Alp Älgi bei Lungern an die erste Sonnenlandsgemeinde.
- ◆ Montag, 9. August bis Sonntag, 15. August: Sternwanderungen vom Simplon und von der San Bernardino-Transitachse auf den Gotthard zum Alpenfeuer am 14. August.
- ◆ Samstag, 21. August bis Samstag, 28. August: vom Simplon ins Aostatal (Italien).
- ◆ Sonntag, 29. August bis Sonntag, 5. September: Rundwanderung auf alten Transitwegen durch Südbünden.
- ◆ Zweitägeswanderungen: am 10./11. Juli, am 7./8. August und am 28./29. August. Weitere Informationen: Sekretariat Alpen-Initiative, Postfach 29, 3900 Brig, Tel. 028/24 22 26, Fax 028/24 43 05.

Alp-Exkursionen

- ◆ 3./4. Juli: Einblicke in die Stazione Alpina Pi-ora
Exkursion ins Val Piora (oberhalb von Airolo) mit Besichtigung des dort stationierten alpinen Forschungszentrums. Einführung in die Umweltforschung im Alpenraum.
- ◆ 11./12. September: «Rindersterben» in unseren Alpen?
Wanderung im Gebiet des San Bernardino mit Orientierung über ein Forschungsprojekt, das Zusammenhänge zwischen Klimaveränderungen und Vergiftungserscheinungen im Berggebiet untersucht. Weitere Informationen: Alpen-Initiative, Regionalkomitee Zürich, Postfach 2310, 8040 Zürich.

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 2041, 6302 Zug

Veranstaltungen

JULI

- FRE 2. Frische Brise Steinhausen: Rock uf em Dorfplatz**
Rathausplatz, Steinhausen
- MIT 7. Nachtessen Ofra- und SGA-Frauen**
Rest. Brandenburg, Zug, 19.00h

AUGUST

- FRE 13. Forum Oberägeri: Open-Air Kino: Westernfilme**
Strandbad Oberägeri, 21.30h
- SAM 14. Forum Oberägeri: Open-Air Kino: Westernfilme**
Strandbad Oberägeri, 21.30h
- MIT 18. SGA-Stadt: Besichtigung Berufsinformationszentrum**
Baarerstr. 21, Zug, 17.45h
- MON 23. Ofra: Vollversammlung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- MIT 25. Forum Oberägeri: Generalversammlung**
Rest. Falken, Oberägeri, 20.00h
- FRE 27. SGA-Stadt: Sommerfestival: Konzerte, Kino, Disco...**
SAM 28. Chaotikum, Zug

SEPTEMBER

- MIT 1. SGA-Monatsversammlung: Thema Wahlen**
Ort & Zeit noch nicht bekannt
- MIT 8. Frische Brise Steinhausen: Podiumsgespräch «Arbeitslosigkeit»**
Rest. Löwen (Saal 2), Steinhausen
- DON 16. Frische Brise Steinhausen: Vortrag «Gen-Technologie»**
Rest. Löwen (Saal 1), Steinhausen
- MON 20. Ofra: Frauenbar**
Altes Kunsthaus, Zug, ab 18.00h
- SAM 25. Früschluft-Treff**
Jugendzentrum Zug, 21.30h
- DIE 28. Ofra: Vollversammlung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h

Aktuelle Bücher

Alpenglüh. Auf TransALPedes-Spuren von Wien nach Nizza, Dominik Siegrist, Jürg Frischknecht, Harry Spiess, François Labande, Gerhard Stürzlinger/Rotpunktverlag, 1993.

Eine alpenpolitische Bestandsaufnahme: Die TransALPedes-Route ist für die neunziger Jahre der thematisch dichteste Weg durch den bedrohten Lebensraum Alpen. Die Alpen als ökologisches Frühwarnsystem: Die meisten Widerstandsgruppen gegen

unsinnige Projekte und Ansätze für ein neues Leben in den Alpen sind in den letzten zehn Jahren entstanden.

Die exakte Beschreibung der TransALPedes-Route: in 103 Tagen auf Wanderungen und Bergpfaden von Wien nach Nizza, mit genauen Wanderzeiten und allen Übernachtungsorten.

Zu beziehen bei: TransALPedes Brig, PC 19-9450-7, Fr. 44.- inkl. Porto. Oder in einer Buchhandlung.